



Demokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Zustellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlegung der
Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Verleger: Dr. G. Fischer,
Bollschweizerstr. 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

2. Jahrgang.

Freitag, 20. Oktober 1922.

Nr. 247.

Lloyd Georges Sturz.

Die seit langem England bedrohende latente politische Krise ist nun in voller Wucht losgebrochen: Lloyd George ist zurückgetreten! Das ist ein Ereignis, das weit über die Bedeutung einer innerpolitischen Frage Englands hinausreicht und dem zweifellos weltpolitische Bedeutung zukommt. Die im Verlaufe der Krise zu erwartenden Veränderungen in der Richtung der englischen auswärtigen Politik können für die weitere europäische Entwicklung ausschlaggebend werden.

Die Stellung Lloyd Georges war schon seit langem bedroht. Wiederholt sah dieser bedeutendste der Reiter im politischen Zirkus auf schiefem Sattel, aus dem er herauszufallen schien. Aber immer gelang es seiner Gewandtheit, sich wieder festzusetzen. Das letztemal war seine Stellung im Februar dieses Jahres, zur Zeit der Konferenz in Genua bedroht, so daß seine Tage gezählt schienen. Sein Kabinett, bestehend aus Parlamentarierliberalen und Konservativen, schien auseinanderzufallen, dennoch gelang es, die erregten Wogen nochmals zu beruhigen. Die Koalition, auf die sich Lloyd Georges Regierung stützte, hat längst ihre innere Berechtigung verloren und ist von schweren Gegenfragen durchwühlt, die der zauberfluge Lloyd George bisher wohl geschickt zu meistern verstand, die aber jetzt doch sein Ende herbeiführen. Eines konnte Lloyd George zu befeitigen nicht gelingen: die Koalitionsmäßigkeit eines großen Teils der Mehrheitsparteien, die nicht zuletzt aus der Furcht vor den kommenden Neuwahlen herrührte. Alle Neuwahlen für das Parlament, ebenso wie die Munizipalratswahlen in London ergaben daselbe Bild: ein starkes Zurückgehen der Stimmen der Koalitionsparteien und einen großen Stimmenzuwachs der Anhänger der Opposition. Selbst der Zauber des Namens Lloyd Georges vermag keine Wirkung zu erzielen. Die Gründe des Gesinnungswechsels der Wähler sind gewiß mehrfacher Art, aber sicher ist, daß im Lande tiefste Unzufriedenheit mit seiner Politik herrscht, der die Massen die Schuld an der schweren wirtschaftlichen Krise, von der England heimgesucht ist, zuschieben. Die große Masse des englischen Volkes leidet an den Folgen des Stillstandes der Industrie, spürt das Elend schlechter Zeiten an eigenem Leib und verlangt die Abkehr von der bisherigen Politik, der sie nicht mit Unrecht die Schuld an den traurigen wirtschaftlichen Verhältnissen gibt. Schon darum ist es verständlich, daß diese Stimmungen im Lande auf die innere Festigkeit der Regierungskoalition zurückwirken und sie in ihrem Bestand seit langem bedrohen.

Lloyd George hat sich schon früher durch seine Politik in Irland, in Indien und in Washington unbeliebt gemacht. Auch der recht geringe Erfolg seiner Mission in Genua schwächte seine Stellung, so daß die Koalitionsvendrossenheit sich immer stärker bemerkbar machte und der rechte Flügel seiner Mehrheit von Lloyd George immer mehr abrückte. Nun haben diesen länger dauernden Wärmungsprozeß die Ereignisse im Nahen Osten derart verschärft, daß Lloyd George den Boden unter den Füßen verlor und sich gezwungen sah, von der Regierung zurückzutreten. Noch in den letzten Tagen versuchte ihn Chamberlain in einer großen Rede, die er in Birmingham hielt, zu stützen, indem er es als ein Verbrechen bezeichnete, es zum Bruche der Koalition kommen zu lassen, und wobei er sagte, jetzt sei die Zeit, um alle Parteien zusammenzufassen zur Verteidigung der Verfassung und der sozialen Wirtschaftsordnung. Er erlangte auch nicht, auf die großen Gefahren hinzuweisen, welche sich daraus ergeben würden, wenn die Arbeiterpartei die Majorität erhalten würde, die sicher aus der Zerstörung der Koalition neue Kräfte ziehen würde. Auch Lloyd George selbst suchte in einer Rede in Manchester, die ein Meisterstück der Jongleurkunst war, seine Politik im Nahen Osten zu verteidigen. Alle Verschwörungen blieben aber unfruchtbar, ein großer Teil der englischen Presse bezeichnete seine Rede vom internationalen Gesichtspunkt als äußerst unglücklich und als Enttäuschung. Die Opposition innerhalb der Koalition fuhr fort, ihm die

Demission Lloyd Georges.

London, 19. Oktober. (Reuter.) Die Regierung hat ihren Abschied eingereicht.

Lloyd George, dessen Glücksstern so oft im Sinken schien und der dank der wunderbaren Beweglichkeit und Behendigkeit seines Geistes sich doch immer wieder an der Macht zu behaupten wußte, ist also doch gestürzt, der Streit im eigenen Lager, zwischen den beiden Koalitionsparteien und zwischen den Konservativen untereinander, hat ihn zu Falle gebracht. Nach fast siebzehnjähriger Ministerschaft, denn im Jahre 1905 wurde David Lloyd George, der Lehrersohn und Kirchenschüler aus Manchester, Handelsminister. Seine gewaltige Energie und sein taktisches Genie, das ihn Freund und Feind immer am rechten Punkte packen ließ, hatte mit 27 Jahren (1890) den inzwischen zum Rechtsanwalt Gewordenen als Anhänger Gladstones ins Parlament gebracht. Als Pazifist und unerschrockener Feind des Burenkrieges erwarb er sich, zumal er seine Ueberzeugungen als begnadeter Volksredner prächtvoll auszudrücken verstand, Beachtung im Unterhaus und die Anhängererschaft weiter Volkstriebe. Nachdem er Minister und 1908 Schatzkanzler geworden war, mehrte er seinen Anhang durch eine großzügige soziale Gesetzgebung, die 1911 das englische Arbeiterversicherungs-gesetz und die Altersrente brachte, und durch den erfolgreichen Kampf gegen das Oberhaus, das er 1912 gelegentlich seiner umstürzenden Budgetpläne schlug. Es bedeutete eine große Ueberforderung, daß dieser linksstehende Mann des Friedens, vom Ausbruch des Weltkrieges an sich als unnachgiebiger Anhänger der englischen Kriegspolitik bewährte, und zwar von schäblichsten Plätzen aus, nachdem er im Mai 1915 Munition-, im Juni 1916 Kriegsminister und im Dezember desselben Jahres Ministerpräsident geworden war. Allen mächtigen, zu einem billigen Ausgleich raelenden Stimmen gegenüber beharrte er fest auf seiner Forderung vom Knack-out, dem tödlichen Vortröße, gegen Deutschland und das auch in den Tagen, da der unentwegte Kriegswille vor schweren Prüfungen stand, wie im Frühling 1918, wo die Deutschen die englische Linie bei

St. Quentin durchbrochen hatten. Mit welchen Gefühlen und Absichten er zusammen mit Clemenceau, Wilson und Ritti im „Rat der Vier“ die Friedensverträge von Versailles und St. Germain konzipierte und paraphierte, wissen wir nicht. Vertraute Kenner behaupten, daß er erfolgreicher als Wilson gegen allzuschwere Bedingungen aufgetreten sei, und gewiß ist, daß er schon lange und jah am Abbau des unseligen Friedens arbeitete. Darum hat er ihn nichtsdestoweniger verbuchen helfen und hat sich nicht geschaut, nach dem Kriege, bei den berüchtigten „Rat-Wahlen“, das englische Volk mit den blutdürstigsten, von Chauvinismus gefügigen Parolen zur Urne zu treiben. Erkenntnis und politische Machtvolle liegen bei ihm eben allzusehr im Streit, sein Bedürfnis, zu wirken, hat ihn zu manchem Schritt verleitet, den rückgängig zu machen er dann all seine Kraft aufwenden mußte. Wie er sich in den letzten Jahren daran verblühte, daß er in Versailles das militärische Uebergewicht Frankreichs auf dem Kontinente ungerührbar verankern half, so wurde ihm der Friedensschluß mit Irland doppelt schwer, weil er zuerst alle Machtmittel gegen das unglückliche Land aufgeboten hatte, so bißte er frühere Fehler seiner Ägypten- und Indienpolitik mit schwierigen Rückgängen und jetzt brachte ihn schließlich die Folgen zum Sturz, die seine türkisenfeindliche Unterstützung Griechenlands gezeitigt hat. Der Mann, dessen halbe Kraft davon absorbiert wurde, sich aus Schlingen zu ziehen, die er sich selbst gelegt hatte, ist endlich hängen geblieben, aus dem seinen Maschenerwert der von ihm inaugurierten Koalitionspolitik fand er schließlich keinen Ausweg. Ob er der grundsätzliche Demagoge war, den ihn die einen schelten, oder der zielbewußte Mann, der auf vielen und bisweilen träumenden Wegen dem als richtig Erkannten nachstrebte, wird erst die Geschichte lehren. Die Gerechtigkeit gebietet jedenfalls, am Tage seines Sturzes, der noch längst nicht sein politisches Ende bedeutet, zu sagen, daß er als Redner und Politiker heute niemanden seines Gleichen zählt, daß er ein Genie ist in der Ausnützung des Augenblicks und der Behandlung der Menschen und daß er oft das Gute gewollt und tapfer darum gekämpft hat.

Wie es zur Demission kam.

London, 19. Oktober (Wolff). Die für heute einberufene Konferenz der Unionisten beschloß mit 186 gegen 87 Stimmen bei Neuwahlen als Unabhängige konservative Partei an das Land zu appellieren.

London, 19. Oktober. Die auf der Konferenz der Unionisten angenommene Entschließung besagt, die konservative Partei sei zwar willens mit den nationalistischen Liberalen zusammenzuwirken, soll aber den Wahlkampf als unabhängige Partei mit eigenen Führern und eigenem Programm durchführen. Chamberlain berät gegenwärtig mit Lloyd George.

London, 19. Oktober. (Reuter.) Die Entscheidung der Unionisten gegen den Weiterbestand der Koalition wurde von einer unerwartet großen Majorität getroffen und hatte augenblickliche Wirkungen im Gefolge. Nach der Unionistenstimmung hatte Lloyd George eine Konferenz mit Chamberlain und bald nachher wurde bekannt, daß die Regierung beabsichtige, zu demissionieren. Die Entscheidung der Unionistenstimmung bedeutet in Wirklichkeit eine Mißtrauenskundgebung für Chamberlain, für den es nachher nicht mehr mög-

lich war, im Amte zu verbleiben. Sein Rücktritt würde in gleichem Maße auf die Position des Premierministers eingewirkt haben, weshalb sich das Kabinett entschloß, die Kollektivdemission zu geben.

London, 19. Oktober. (Havas.) Die Abstimmung der Unionisten ist ein deutlicher Beweis, daß die Unionisten aufs neue vollständige Freiheit erlangen wollen und damit war natürlich das Schicksal der Koalition besiegelt. Die Demission Chamberlains und Lloyd Georges wurde unvermeidlich. Chamberlain begab sich nach der Sitzung sogleich zu Lloyd George, um mit ihm wegen der Situation zu verhandeln. Bei Lloyd George fand dann ein Ministerrat statt. Inzwischen warteten aber einige unpolitische Minister, welche sich für die Unabhängigkeit entschieden und welche die Unmöglichkeit, im Koalitionskabinett zu verbleiben, erkannt hatten, das Resultat der Beratungen des Chefs des Kabinettes nicht ab und gaben augenblicklich die Demission. Dann erst folgte die Gesamtdemission des britischen Kabinettes.

schweren Mißerfolge, die Englands Politik im griechisch-türkischen Krieg erlitten hat, vorzuweisen, sie machte ihn dafür verantwortlich, daß es auf ein Haar zu einem gefährlichen Krieg im Nahen Osten gekommen wäre. Nicht minder wurde ihm zum Vorwurf gemacht, daß er England um die Freundschaft Frankreichs und Italiens gebracht und dadurch das Bündnis mit diesen beiden Staaten erschüttert habe. Dem gegen ihn sich erhebenden Sturm vermochte Lloyd George nicht länger standzuhalten. Lloyd George geht, genau betrachtet, an den Folgen der unglückseligen Friedensverträge zugrunde. Aus diesen Friedensverträgen resultiert die Krankheit Englands, die schwere Er-

schütterung seines Wirtschaftslebens, aus ihnen resultierte aber auch die schwankende Politik Lloyd Georges, der oft wider Willen und besessenes Wissen, diese Friedensverträge stützen mußte und den man doch für alle aus ihnen ergebenden inneren und äußeren Schwierigkeiten verantwortlich machte. Die Neuwahlen für das englische Parlament sind nun zweifellos in aller nächster Zeit zu erwarten. Das Volk wird berufen werden, die Entscheidung über die künftige Führung der englischen Politik zu bestimmen. Der Sturz Lloyd Georges wird sicher die notwendige Abkehr von der bisherigen Politik der Gewalt bewirken. Die wirtschaftlichen Gesetze der Welt lassen eben ihrer nicht spotten.

Reichspräsident Ebert.

Etwas Merkwürdiges hat sich ereignet. Graf Friedrich Ebert, der eben noch Verpöhlte, von jedem Junker und guten Bourgeois über die Nase Angeföhene soll durch eine imposante Kundgebung der führenden bürgerlichen Parteien betrogen werden, das Präsidenschaftsamt der Deutschen Republik, das ihm nach dem Zusammenbruch als ein provisorisches übertragen wurde, definitiv zu behalten. Die Tatsache ehrt den Mann, dem diese Kundgebung gilt, sie bedeutet einen moralischen Sieg der Partei, als deren Repräsentant Ebert seine hohe Würde einnimmt, und sie illustriert schließlich die Lage und die Ratlosigkeit der bürgerlichen Parteien auf das Schlagendste.

Die Anerkennung, die dem Menschen Ebert als Persönlichkeit zuteil wird, ist zugleich eine für die ganze Klasse, der er angehört. Einen Staat und ein großes Volk zu repräsentieren, galt in ganz Mitteleuropa als das Vorrecht weniger Ausgetriebener, denen nicht die Menschen, sondern „Gottes Gnade“ die Eignung für ihr „heiliges Amt“ verleihen mußte. Der Adel des Blutes, die jahrhundertelange Erziehung eines Geschlechtes erschienen als die notwendigen Voraussetzungen, um der Würde eines Staatsoberhauptes die entsprechende Grundlage und den vom „loyalen Untertan“ geforderten Nimbus zu verleihen, — und siehe da: der Sattlergehilfe, von dessen Familie niemand etwas weiß, der, von der Gesellschaft nichtswürdig erzoogen, aus dem Dunkel aufstieg, weiß das Deutsche Reich nach außen und nach innen so gut zu vertreten, daß die Spötter von gestern ihn heute zum Bleiben auffordern, und das in einer Form, die dem Bürgertum an Selbstentwertung wirklich viel summiert. Denn Ebert wird nicht auf Grund eines schwächlichen Kompromisses „provisorisch“ fortwurzeln dürfen, sondern die Zweidrittelmehrheit des Reichstages wird ihm durch ein verfassungänderndes Gesetz in aller Form bescheinigen, daß er, der bisher trefflich Bewährte, so sehr der Mann ihres vollen Vertrauens sei, daß sie ihm bis zum Sommer 1925 die Leitung der Deutschen Republik definitiv übertragen. Wo bleibt da noch das Märchen von der schwierigen Arbeiteraufgabe, die „für seine Staatsgeschäfte nicht taugte“, wo das Dohnwort vom Proleten, der sich bei jedem Schritt unter den „Erben der Nation“ unsterblich blamierte? Zudem sich der Menschentwert des einen Ebert in der Achtung der Zeitgenossen allem bösen Willen, aller Verleumdung und Verdrehung zum Trotz durchsetzte, hat sich der Menschentwert seiner ganzen Klasse durchgesetzt, und durch Ebert ist bewiesen, daß das angebliche Bildungsvorrecht der „Oberen Rehtausend“ ein leeres Wort, daß die Arbeiterkraft nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell weit ist, an die Spitze der Gesellschaft zutreten.

Die politische Bedeutung des Beschlusses der Mehrheitsparteien wiegt nicht weniger schwer. Wenn das deutsche Bürgertum von den stark rechtsstehenden deutschen Volksparteien bis zu den Demokraten, wenn das katholische Zentrum und die bayerischen Volksparteien sich darauf einigen, die Präsidenschaft in den Händen des Sozialdemokraten zu lassen, so erkennen sie damit (sozusagen offiziell) die Stärke der sozialdemokratischen Partei an. Die Konzentrierung des Bürgertums, wie sie in der Bourgeoisipresse so laut und oft gepredigt wird, traut sich also nicht die Kraft zu, bei der Volkswahl des Präsidenten, die notwendig wäre, wenn es zur beabsichtigten Verfassungsänderung nicht käme, einen Massenegenossen durchzubringen und die bürgerliche Herrschaft zu etablieren. Um die Deutsche Republik steht es gewiß nicht gut; der monarchistische Gedanke wurzelt noch in den Herzen vieler, die lautesten, anmaßlichsten und frechtsten Elemente, die Träger der Verwaltung und Justiz arbeiten zäh und rücksichtslos am Sturze des deutschen Reichstaates. Aber die im Parlament vereinigten Führer wissen trotzdem, daß die Masse des Volkes anders denkt, als die politischen Desperados, daß die Wahlurne ein ganz anderes Bild ergeben würde als der nationalstiftische Terror. Den Beleg schwarz auf weiß schauen sie, und die Besseren unter ihnen wollen das Reich einer Wahlkampagne nicht aussetzen.

Großen Gewinn werden schließlich, wenn sie auch der Verfassungsänderung wild opponieren müssen, die Altdenken und die Kommunisten aus deren Annahme ziehen. Sie trugen sich allen Ernstes mit dem Gedanken, Hindenburg a. Beziehungsweise Alara Zettl in für die Präsidenschaft zu kandidieren, und es wäre für die einen wie für die anderen eine peinliche Blamage geworden, wenn der heidische Höhe und wenn die gepriesene Führerin nur ein Haubvoll Stimmchen auf sich vereinigt hätten. Diesen Alb sind sie nun los und so darf man, so grotesk es klingen mag, behaupten, daß die definitive Bestimmung Eberts zum Reichspräsidenten allen Deutschen von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, teils vom Herzen teils notgedrungen, willkommen ist.

Inland.

Die Kommunisten und der Ausgang des Ostrauer Kampfes.

Die Kommunisten benötigten den Abschluß des Ostrauer Kampfes dazu, ihren Mut und ihre Tapferkeit im hellsten Lichte erstrahlen zu lassen. Sie können nicht genug davon erzählen, daß den Ostrauer Arbeitern „ein Diktat“, durch die passive Mitwirkung der Gewerkschaftsbürokraten“ aufgezwungen wurde, daß an allem die Gewerkschaften schuld seien, kurz, daß die Sache ganz anders ausgefallen wäre, wenn man die Rezepte der kommunistischen Kurpfuscher benützt hätte. In ihrer impotenten Machtlosigkeit können sie nichts anderes mehr als nach jedem Kampfe das Schlachtfeld abgrasen und gleich den Ohren nach der Schlacht ihr unfauceres Geschäft betreiben. Von welchem Unerst die kommunistischen Mäcker und insbesondere die Redakteure des Reichsberger „Vorwärts“, des gewissenlosesten kommunistischen Presseorganes, erfüllt sind. Lehrt die Tatsache, daß sie die sozialdemokratischen Funktionäre der Bergarbeiterorganisationen beschuldigen, dem Durchbruch des Achtstundentages zugestimmt zu haben. Der Achtstundentag ist nämlich in Ostrava garnicht durchbrochen worden und es wird weiter tatsächlich acht Stunden gearbeitet. Soweit die Arbeitszeit verlängert wurde, bezieht sich das auf den Samstag, an welchem Tage für die Obertagsarbeiter statt der Sechsstunden die Achtstunde vereinbart wurde. Wir haben schon hervorgehoben, daß die Sechsstundenschicht, was die Länge des Arbeitstages betrifft, am Samstag keine Rolle gespielt hat, weil in den Kohlanstalten an jedem Tage, also auch am Samstag, in drei Schichten zu acht Stunden gearbeitet wird und daß die offizielle Sechsstundenschicht die Arbeiter einzeln und allein möglich machte, für die zwei geleisteten Mehrstunden am Samstag die Lieberstundenlohnung zu verlangen, was jetzt eben wegfällt. An der Arbeitszeit hat sich also in Ostrava in Wirklichkeit gar nichts verändert, was freilich die kommunistischen Nichtwisser und Demagogen nicht daran hindert, von einer Durchbrechung des Achtstundentages zu faseln, an der die Sozialdemokraten die Schuld tragen.

Von derselben Ungehorsamkeit ist der Reichsberger „Vorwärts“ erfüllt, wenn er den geistigen Urheber des Ostrauer Kompromisses im Abgeordneten Genossen Pohl sieht. Tatsächlich ist die Union der Bergarbeiter an den Verhältnissen im Ostrauer Revier von allen drei koalitierten Verbänden am wenigsten interessiert, weil sie dort die wenigsten Mitglieder hat. Genosse Pohl war an den Ostrauer Verhandlungen überhaupt nicht beteiligt. Dafür waren an den Verhandlungen die beiden kommunistischen Führer Cervenka und Viska antwesend, die dem Kompromiß zugestimmt haben und auch dafür die volle Verantwortung tragen. Die kommunistischen Führer in Ostrava also schlossen den Vertrag ab und das Reichsberger kommunistische Organ nennt denselben Vertrag einen Verrat an der Arbeiterschaft. Wenn jemand die Arbeiterschaft verraten hat, können es also nur die Partei- und Gesinnungsgenossen der Mäcker des Reichsberger „Vorwärts“ sein.

Die Kommunisten können, wenn sie als verantwortliche Funktionäre in den Gewerkschaften handeln, nichts anderes tun, als die Sozialdemokraten, in ihren Zeitungen müssen sie jedoch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre um jeden Preis angreifen. In ihrer Ohnmacht müssen sie alles bekriecheln, obgleich sie, wie im Ostrauer Falle die volle Mitverantwortung dafür tragen, daß ein Kompromiß einer weiteren Dauer des Streiks im Interesse der Arbeiterschaft vorgezogen wurde. An Stelle jeder vernünftigen sachlichen Erwägung der Machtverhältnisse, die bei Ausbruch eines

Eine staatliche Kreditbank.

Ein Projekt Dr. Raschins.

Die Wiener volkswirtschaftliche Zeitschrift „Die Börse“ bringt den Wortlaut eines Gesetzentwurfes über die Errichtung und Rechte einer Bank für langfristige Handelskredite. Danach wird die Regierung ermächtigt, die Errichtung einer Bank für langfristige, das ist mindestens sechsmonatige aber höchstens zehnjährige Kredite zu bewilligen. Diese Kredite genießen auf den beweglichen und unbeweglichen Besitz eine Vorzugsstellung und ihre Vorhandensein muß auch im Handelsregister ersichtlich gemacht werden, damit die übrigen Gläubiger über die Situation ihres Schuldners nicht im unklaren bleiben. Als Pfand für ihre Forderungen dienen der Bank Wertpapiere und andere Wertgegenstände des Schuldners. Die Kredite sollen den billigen Rohmaterialien bezug, eine Verbesserung des Produktionsapparates und eine Verbilligung der Preise ermöglichen. Die Kredite sollen ferner verbürgt, daß in finanziellen Schwierigkeiten geratet, aber solbente Unternehmungen vom Finanzkapital aufgezehrt werden.

Im Notwendigen wird dem Gesetzentwurf auf die schwere Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei hingewiesen und gesagt, daß eines der wichtigsten Mittel zur Befreiung eine geeignete billige und zweckgemäße Beschaffung von Kredit für Kaufleute und Industrielle ist. Die Dauer des Kredites wird deswegen mit zehn Jahren beschränkt, damit das neue Bankinstitut nicht zu einer Konkurrenz der Hypothekarkreditanstalten werde und sich auf Handelskredite beschränkt, für welche eine Frist von zehn Jahren sicherlich die höchste zulässige Grenze darstellt. Die Bank soll als Aktiengesellschaft errichtet werden, muß aber einer besonderen stän-

Kampfes herrschen, statt einer ersten Prüfung der Aussichten des weiteren Streiks und der Erörterung der Möglichkeiten, die hätten eintreten können, nichts anderes als blanke hemmungslose Demagogie, Ableugnung der eigenen Verantwortlichkeit und Verdrehung der Tatsachen! So bewahrheitet sich an dem Verhalten der deutschen Kommunisten im Ostrauer Kampfe, was Friedrich Adler in einem Aufsatz in der letzten Nummer des Kampfs sagt: „Alle proletarischen Parteien machen tatsächlich in solcher Zeit dieselbe praktische Politik. Andererseits entsteht in derselben Situation und der Tatsache der Spaltung selbst neben der Herabsetzung der Kampffähigkeit noch eine andere ernsthafte Gefahr für die Arbeiterklasse. Da die Gegensätze ökonomisch nicht bedingt sind, werden sie, damit die Parteien sich voneinander abheben, damit sie Agitationsmöglichkeiten gewinnen, demagogisch konstruiert. Diese Erscheinung sehen wir mit aller Klarheit bei den kommunistischen Parteien...“

Das blamierte Regierungsbüro. Gelegentlich unseres vorgestrichen Leitartikels über die Brünnener Spionageaffäre schreibt die „Ceskoslovenska Republika“ u. a.: „Warum sollte der „Sozialdemokrat“, warum sollte gerade das Organ der deutschen Sozialdemokratie wünschen, daß bei uns so gedacht würde? (Das nämlich alle Deutschen Verräter seien.) So scheint es, als ob es ein Wunsch wäre, daß die Deutschen bei uns als Hochverräter angesehen würden. Liegt ihm vielleicht daran, daß sich bei uns die Wiener Mentalität einnistet?“ „C. R.“ muß einen prachtvollen Logiker an ihrem Redakteur haben, der fragt, warum der „Sozialdemokrat“ wünschen sollte, daß sich die Meinung verbreite, alle Deutschen seien Verräter, und sofort die richtige Antwort selbst darauf gibt: „es ist der Wunsch des

digen Aufsicht der Staatsverwaltung unterworfen werden, damit gleich von vornherein jeder Mißbrauch der besonderen Stellung, die die Institution erhalten soll, erfolgreich gesteuert werden kann.

In formaler Hinsicht wird beantragt, daß der Gesetzentwurf zunächst zur Beratung an den verfassungsrätlichen Ausschuss des Senates der Nationalversammlung gewiesen werde.

Dieses Gesetz — sein Zustandekommen vorausgesetzt — wäre wenigstens im Prinzip zu begrüßen, wenn sein Wirkungsgebiet nicht die Tschecho-Slowakei wäre, man braucht nicht einmal an die Möglichkeit einer nationalen Parteilichkeit der Anstaltsleitung zu denken, es genügt vollkommen, sich dessen zu erinnern, wie und an ihren nach Gründung des Staates einträgliche Funktionen und andere Geldverdienstgelegenheiten vergeben wurden; dann wird man sich darüber nicht täuschen können, daß diese Staatskreditbank ein kaum schlecht verkleidetes Objekt des Nepotismus werden wird, nur daß sich dieser (statt in Stellenvergebung, in Kreditgewährung äußern wird.

Das Gesetz enthält Bestimmungen, die geradezu als gefährlich bezeichnet werden müssen, so z. B. die Einteilung der Schuldner in privilegierte (die Staatskreditbank) und in nichtprivilegierte (die anderen) Schuldner und es bleibt abzuwarten, von welchen Wirkungen diese Zweigliederung auf den Handelsverkehr sein wird. Ebenso wird es sich auch zeigen, ob dieses staatliche Institut fähig sein wird, den Bureaucratismus und die Schwerfälligkeit eines staatlichen Apparates zu überwinden, denn sonst ist dieses ganze Projekt ein Fehlschlag und das neugeschaffene Institut zum Dasein eines Mauerblumchens verurteilt.

Blattes, daß diese Meinung sich hier verbreite.“ Wer so denkt, muß es ja besser wissen als wir. Die letzte Frage, ob uns daran liege, daß sich hier die Wiener Mentalität einbürgere, hätte sich das Regierungsblatt vollends ersparen sollen. Wir erschnen wohl alles eher als das. Wie unangenehm aber muß es der „C. R.“ zumute werden, wenn an demselben Tag, da sie diese Zeilen schrieb, einer der Abgeordneten dieses Staates prompt nachwies, daß tatsächlich die altösterreichische Mentalität hier besteht. Der tschechische Nationaldemokrat Spacel nämlich schrieb dieser Tage im „Moravsko-slezsky denik“, es wäre vielleicht zweckmäßiger, die Deutschen und Ungarn von der Wehrpflicht zu befreien. Obwohl diese Äußerung zu einer Satire starken Anlaß gibt, wollen wir hier nur auf die ernste Seite der Angelegenheit eingehen. In diesem Zusammenhang sei auf die Methode Altösterreichs verwiesen, das über bestimmte unverlässliche Volkselemente in seiner Armee in ähnlichem Sinne gebacht hat, bis es ihm durch seine in dieser Richtung laufende Politik gelungen ist, sie wirklich unverlässlich zu machen. Davor sei die tschechoslowakische Republik gewarnt. Aber zum Ruhme des alten Oesterreich, dem wir keine Träne nachweinen, sei doch gesagt, daß sich kaum einer seiner Abgeordneten so — naïv geäußert hat, wie der Nationaldemokrat Spacel.

Nationaldemokratische Programmprognosen. Wie die „Prager Abendzeitung“ berichtet hat in einer Beamtenversammlung der Reichsorganisationsgruppe der Nationaldemokratie in Olmütz Abg. Kabratil auf die Absicht der Regierung aufmerksam gemacht, die Gehälter der Staatsangestellten herabzusetzen. Er hat berechnet, daß der Abzug am 1. April bei einigen Kategorien ein Fünftel der ganzen Einnahmen betragen würde. Eine Absicht, die

Ortszulage infolge der Erhöhung der Mietzinsen zu erhöhen, besteht überhaupt nicht, obwohl die Mietzinsen in einem ungeheuren Mißverhältnis ihrer Höhe zur Höhe der Ortszulagen stehen. Die Stabilisierung durch Erhöhung des Grundgebaltens um 75 Prozent (eventuell 100 Prozent) soll den Pensionisten nicht gewährt werden. Die Regierung wird sich mit dem Prälat der Frauen befassen und geben u. a. die Zulagen für Frauen von Staatsangestellten, welche ein Gewerbe ausüben, einzustellen. Durch die 100prozentige Erhöhung der Gehälter würden die Teuerungszulagen für Ledige verschwinden. Diesen sollen kinderlose Ehepaare gleichgestellt werden. Die Einkommensteuer wird vom 1. Jänner erhöht. Bezüglich der Höhe finden Verhandlungen statt. Sie soll 60 Prozent des Gesamtverdienstes der Einkommensteuer einbringen, im ganzen 200 Millionen. Wieviel Prozent als Pensionsbeiträge eingehoben werden müssen, läßt sich bisher nicht feststellen. Die Regierung verspricht sich viel von der Reorganisation der Staatsverwaltung. Der Kampf um die Krankenversicherung ist bisher nicht beendet. Es werden neue Anträge ausgearbeitet. In ein neues Gehaltssystem denkt man vorläufig nicht. — Das ist ein Durcheinander von Abbau und Erhöhung der Gehälter, daß man wahrhaftig ein Meister der Rechenkunst sein möchte, um dem offenbar von Dr. Raschin inspirierten System auf den Grund zu kommen. Aber es scheint schließlich, daß diese ganze Arbeit nutzlose Vergeberei wäre. Denn der Endzweck: „An ein neues Gehaltssystem denkt man vorläufig nicht“ schafft endgültige und gleichzeitig traurige Gewißheit.

Bei der Vortrage des sozialdemokratischen Klubvorsitzandes beim Ministerpräsidenten Svehla wurde zum Schluß von unseren Genossen auf den standalösen Zustand hingewiesen, daß die Ernennung der Landesauschüsse trotz vieler Versprechungen noch immer nicht erfolgt ist. Der Ministerpräsident gab die Zusicherung, daß ehestens eine Regelung dieser Angelegenheit erfolgen werde.

Ausschüßungen des Parlamentes. Die Gesundheitsauschüsse des Parlamentes und des Senates halten am 23. d. M. um vier Uhr nachmittags eine Sitzung ab. Am Dienstag, den 24. d. M., um halb zehn Uhr vormittags findet eine Konferenz der Klubmänner und des Präsidiums des Abgeordnetenhauses statt.

Der neue Vorsitzende des Klubs der tschechischen Sozialisten. An Stelle des Abg. Dr. Franke, welcher in das Kabinett eingetreten ist, wurde Abg. Slavicek zum Vorsitzenden des Klubs der tschechisch-nationalsozialistischen Abgeordneten gewählt. Der ehemalige Minister Dr. Brdenky, der auf die Stelle des Vorsitzenden aspirierte, blieb in der Minorität.

Wiederherstellung der russischen Stillen Ozean-Flotte.

Riga, 17. Oktober. (S. A.) In der Sitzung des Revolutionären Kriegsrates am 12. Oktober wurde folgendes beschlossen: sofort nach der Räumung Wladivostoks durch die japanischen Truppen wird man an die Wiederherstellung der russischen Stillen Ozean-Flotte herangehen. Den Oberbefehlshabern der baltischen und der Schwarzmeer-Flotte und ebenso den Hofkommandanten ist vorgeschrieben worden, mit der Ausscheidung von Cadres zu beginnen, die nach dem Fernen Osten kommandiert werden sollen.

Von schöneren Herbsttagen.

(Aus meinen Wanderjahren.)

Vor zwanzig Jahren wars. Der Herbst überschüttete mit seiner Farbenpracht Wald und Fluß. Das schönste Kleid hatte er sich angelegt, um die wenigen Tage seines Lebens vor seinem Scheiden festlich zu begehen.

Das Mäuzel auf dem Rücken, die steite Leere in den Taschen, aber das Herz voller Sehnsucht und Hoffen, so durchwanderten drei junge Burschen die Gänge Süddeutschlands. Farbenprächtige Laubbäume, schweigende Forste, freundliche Dörfer und Städte wurden zu Weggenossen. Schwäbische Bauerndörfer gewahrten geraudach und ansömmlichen Imbiß und so wurde das Wandern zu einem freudvollen Dasein. Die Sorge des Alltags war in jenen Tagen nicht so groß und hart, rüstige Arbeitskraft fand damals allenthalben Verwertung.

Im Frührot eines werdenden Herbsttages stiegen wir ins Rheintal. Ein herrlicher Anblick! Erhaben und wichtig floß der Rhein gegen Norden, drüben tauchte das graue Häusermeer Straßburgs auf und in der Ferne grühten die Berge der Vogesen. Tausende Gedanken und Erinnerungen wurden hier wach. Der Kriegslärm von tausenden Jahren war über den Rhein hinweggerast und all das an seinen Dörfern vergossene Blut auf einmal in seine Fluten hineingelassen, hieß, den Strom von Schaffhausen bis Antwerpen blutrot färben. Hier hat wildes Morden und Brennen, Nachsicht und dumpfe Verzweiflung unzählbare Opfer verschlungen. Aber auch Jense friedlichen Aufbaues war der Rhein. Schlösser, Burgen, blühende Dörfer und reiche Städte, gewaltige Industrieanlagen wuchsen an seinen Ufern. Auf seinem Rücken trug er die kostbaren Güter industrieller und landwirtschaftlicher Pro-

duktion, den Arbeitstrag tausender fleißiger Menschen, hunderte Kilometer bis zum fernen Meere, der dort verpackt auf großen Ozeanriesen den Weg in alle Weltteile fand.

Auf freundliches Ergehen führte uns ein Landmann auf seinem Rahn über den Rhein und zeigte uns gleichzeitig die Stelle, von wo 1870 die bödischen Kanonen ihren Eichenbolzen nach Straßburg geschickt hatten. Dann ging's eiliges Schrittes nach Straßburg hinein. Du ewig schöne, hart umstrittene Stadt! Vergangene Jahrhunderte rauschen an unserem geistigen Auge vorüber. Ein Stück Weltgeschichte birgt diese Stadt, die ihren deutschen Ursprung niemals verleugnen wird. Ein Stück Alt-Nürnberg schaut uns freundlich lächelnd an. Die hohen Weibeldächer schmiegen sich eng aneinander, als wollten sie sich gegenseitig Schutz und Hilfe gewähren. Majestätisch streckt sich Straßburgs gewaltiger Dom... ein Zeuge deutscher Baukunst... dem Himmel entgegen.

In hundertjähriger Wanderung konnten wir uns an der Schönheit dieser Stadt nicht satt sehen. Machtvolle französische Denkmäler gaben Kunde, daß auch Frankreich hier einstmal's Gebieter war und alle diese Denkmäler waren trotz 1870 unbeschädigt und eine Zierde der Stadt. Straßburg und mit ihm ganz Elsaß ist Frankreichs Liebkind gewesen. Das zeigt sich auf Schritt und Tritt. Gut gebaute Straßen und Wasserkanäle, die den Rhein mit der Rhone und dem Mittelmeere verbinden, beweisen dies.

Auffallend war die französischfreundliche Stimmung eines Teiles der elsässischen Bevölkerung, trotz ihres Bekenntnisses zum deutschen Volkstamme. Der preussische Polizeigeist, von dem die Verwaltung des Reichslandes durchtränkt war, ist wohl die hauptsächlichste Erklärung hierfür. Ein wirklich inniger Kontakt zwischen der heimischen Bevölkerung und dem Mutterlande konnte nicht wahrgenommen werden, die Katho-

lischen Gekpaffen, mit denen Elsaß besonders gesegnet war und die fast ausnahmslos zum katholischen Frankreich hinneigten und dem „preussischen“ Deutschland feindselig gegenüberstanden, trugen wohl einen Gutteil der Schuld an diesem unerfreulichen Zustand. Ebenso war die sehr geschickte chauvinistische Propaganda der Franzosen nicht zu unterschätzen. Überall wurden Karten und Bilder zum Verkauf angeboten, welche die Heldentaten der französischen Armee von 1870/71 veranschaulichten. Diese Bilder wirkten nachhaltiger und eindruckvoller als die formvollendete Rede. Ein Bild steht noch heute lebendig vor meinen Augen. Es stellte einen verwundeten französischen Soldaten dar, der unter dem geöffneten Rock eine verborgene Tricolore hervorzog. Auf diese Art hatte er die Fahne vor den Deutschen gerettet, denen er mit einem unsagbar triumphierenden und haherfüllten Blick nachsah. Eine Propaganda dieser Art mußte freilich ihre Wirkungen und Folgen zeigen.

Der sich anmeldende Abend mahnte uns zum Schlafengehen. Mein Vordermögen von 45 Pfennigen wies mich von selbst an das zuständige „Hotel“. Straßburgs Herberge war nicht die schlechteste, ein deutscher Herbergsbater hielt dort strenge Zucht und Ordnung. Die Schlafstube und eine dicke Einbrenntunke mit einem Stück Brot hatten mein Vermögen auf fünfzehn Pfennige zusammenzuschmelzen lassen und so sahen wir an den langen, leeren Tischen und plaudernden Bergangenen und Zukunft. Wenn Straßburgs Herberge erzählen könnte! Europas Norden und Süden, Westen und Osten war hier vertreten. Hier handest du arbeitshunde Wandergesellen und wieder solche, die der Arbeit aus dem Wege gingen. Professionelle Summier und Tageslebe, Alkoholiker und „Schwere Jungen“ sahen hier brüderlich vereint.

Pläne für die nächste Zukunft wurden hier geschürdet. Die erfahreneren „Genossen“ gaben

den jungen Schicksalsbrüder Rat und Belehrung und löstlich war es anzuhören, wenn trotogene Streiche oder Reisedenker zum Besten gegeben wurden. Phantasie und Lüge waren wohl in vieler Runde, doch immerhin vermochte die Erzählung manches Wandergesellen die Zuhörerkreise in Bann zu halten. Der eine hatte erst jüngst eine Studienreise absolviert, den anderen trieb die Sehnsucht nach den unendlich stillen Pampas Argentiniens zurück, als Kohlen-trümmerer wollte ein Wiener die nächste Amerika-fahrt unternehmen. Ein Stück Romantik, Phantasie, Jdoalismus und Unternehmungslust brachte alle diese vielen Herbergsbesucher in eine Schicksalsgemeinschaft.

Unser Gegenüber war aus der französischen Fremdenlegion entflohen und nach aufstrebender Flucht durch Italien und die Schweiz bis Straßburg gekommen. Hier hatte ihn die Neue erwisch, er wollte wieder zurück ins Land der glühenden Sonne und der Savatale. Auf die Frage, was für ein Landmann er sei, gab er zur Auskunft, er stamme aus der Reichsberger Gegend, und zwar aus Deutsch-Gabel. Ob er wohl seinen Entschluß zur Tat umgesetzt hat?

Im Kreislauf der Gegenwart bedeuten zwanzig Jahre nicht viel. Im Weltgeschehen müssen sie aber anders gewertet werden. Ein grauenvoller Krieg hat Reichsgrenzen verschoben und Herrscher verjagt. Die Romantik der Wanderburgzeit wird kaum mehr aufstehen, die soziale Verelendung, der Fortschritt in der Technik werden den Wandersbürgen nicht mehr in den Dörfern und Städten weilen lassen. Die Zukunft wird uns den Wandergesellen wohl nur im Bilderbuch zu Gesicht bringen. Aber ihr Kameraden, denen vor Jahren ein besseres Dasein den Wanderstod in die Hand drückte, werdet gewiß gern der Stunden gedenken, wo wir mit einem Lied auf den Lippen uns eine schönere Zukunft erträumten. Emil Stecker.

Ausland.

Gegenrevolutionäre Rüstungen der österreichischen Industriellen.

Die „Arbeiterzeitung“ bringt ein streng vertrauliches Rundschreiben der Lehman-Josef-Unternehmensgesellschaft für Papierherstellung an die Mitglieder ihres Exekutivkomitees. Sie bietet darin um die Zustimmung der Exekutive, die Beitragsleistung zum „Hauptverband der Industrie“ mit 0,8 Prozent statt, wie bisher mit 2 Prozent der Lohnsummen aller Angestellten festsetzen und diesen Vorschlag dem Hauptverband (der 1 Prozent Beiträge verlangt) unterbreiten zu dürfen. Bleibt es bei den 0,8 Prozent, so hat die eine, allerdings gewaltige, Lehman-Josef, monatlich 32 oder jährlich 384 Millionen Beiträge an den industriellen Hauptverband abzuführen, bisher war sie zur Jahreszahlung von 960 Millionen verpflichtet. Ist schon an diesen Ziffern interessant, welche gigantischen Summen die Industriellen für ihre Organisationen aufbringen, so ist der Zweck noch weit interessanter, welchem alle diese Riesenbeträge gewidmet sind. Darüber läßt sich das Rundschreiben, dessen „strenge Vertraulichkeit“ man nunmehr vollauf begriff, also vernehmen:

„Zu Ihrer Orientierung teilen wir Ihnen ganz vertraulich mit, daß die eingehenden Beträge der gesamten Industrie Oesterreichs dazu verwendet werden, um die Heimwehren zu organisieren und technische Hilfsbereitschaft zu schaffen, damit im Falle einer Sozialistische unsere Werke entsprechend geschützt werden.“

Jetzt weiß man, woher die „Heimwehren“, diese österreichischen Ortschaft, das Geld für Maschinenpistolen, Gummikugeln, Gewehre, Schlagringe usw. hernehmen, und weiß auch, in welche einwandfrei „christlichen“ Taschen das Geld des jüdischen Großkapitals fließt. Die Geldmagnaten finanzieren nicht nur bei den Wahlen die Christlichsozialen und Großdeutschen, damit diese im Parlament jeden Fortschritt der Sozialgesetzgebung niederstimmen, nein, sie besolden auch die auf einen so friedlichen Namen getauften „Heimwehren“ als Stoßtrupps der Reaktion, als Streikbrecher, Weichgardisten und antiproletarische Gendarmen, sie geben das Geld her, damit auch in Oesterreich der Tyrann „Fasziismus“ anferstehe. In diesem Zusammenhang wird vollends klar, wie recht die österreichischen Genossen haben, wenn sie die Genfer Protokolle nicht als Heilmittel für Oesterreichs wirtschaftliche Not, sondern als Knebel der Arbeiterklasse bezeichnen und mit allen Kräften bekämpfen.

Die Wahlen in Lettland.

Mit unerwarteter Schärfe tobt in Lettland der Wahlkampf, der in seiner Einseitigkeit und kritischen Verbissenheit Formen angenommen hat, die ein entmutigendes Bild von der lettischen Öffentlichkeit geben. Das lettische Volk, das im Laufe einiger weniger Jahre aus dem Chaos bolschewistischer Zerstörungswut und nachfolgender Kriegswirren sich ein eigenes selbstständiges Staatsgebilde zu schaffen vermochte, und hierdurch zu den besten Hoffnungen für die zukünftige erfolgreiche Gestaltung seines inneren Lebens berechtigt, hat im Verlaufe der Aufbauphase einen behauerlichen Mangel an staatlicher Reife und wirtschaftlichen Fähigkeiten erwiesen, der in der überhitzten Atmosphäre der Wahlkämpfezeit geradezu groteske Erscheinungsformen angenommen hat. Daß auf dem Gebiete der staatlichen Gestaltungsfähigkeit durch die demnächst zurücktretende konstituierende Versammlung ein großer Teil der Arbeit noch nicht geleistet worden ist, sieht die Führer des lettischen Volkes und die von ihnen geleitete Presse nicht an und die gesamte Wahlvorbereitung richtete sich ausschließlich auf die Propagierung einzelner Persönlichkeiten, die um jeden Preis in das Parlament gelangen wollen. Dieser Mangel an positiven Zielen ist in den Wahlauftritten familiärer Parteien und Gruppen und in den Artikeln aller lettischen Zeitungen mit ungehinderter Brutalität hervorgetreten, die gesamte Presse und Öffentlichkeit war ausschließlich mit der Analyse einzelner Persönlichkeiten beschäftigt, und während die Kandidaten der eigenen Richtung über alles Maß gepriesen und verherrlicht wurden, ist sämtlichen Vertretern anderer Gruppen alles nur Erdnüsse an schlechten Eigenschaften bis zum Verbrechen vorgeworfen worden. Unter diesen Umständen kann es nicht wundernehmen, daß eine außerordentlich gehässige Beschuldigung der nationalen Minderheiten von allen lettischen Blättern aufgenommen worden ist, und wenn der Ministerpräsident auch neulich erklärte, die Letten seien bloß in Worten Chauvinisten, aber keineswegs in Taten, so ist dieser Ausspruch doch schon deswegen nicht stichhaltig, weil der Tag für Tag gepredigte Rassenhaß doch unzweifelhaft zu einer Vergiftung der öffentlichen Meinung führen muß. Tatsächlich trifft man denn auch auf Schritt und Tritt auf ein verlegendes Verhalten den Minoritäten und ihrer Kultur gegenüber. Besonders trag tritt dies bei der Durchführung der Agrarreform hervor, wo die gesetzlichen Ansprüche der Andersstämmigen systematisch vernachlässigt werden, um eine möglichst weitgehende Lettifizierung des flachen Landes zu erreichen. Trotzdem war unter den Minderheiten keine Einigkeit zu erzielen, sowohl die Russen wie die Juden sind mit je mehreren Listen aufgetreten. Das Verhältnis der Mandate ist auf Grund der bisherigen Wahlergebnisse folgendes: Christlichdemokratische Partei 44 Prozent, Block der Nationalsozialisten und des Bauernbundes 33 Prozent, Sozialdemokraten 10 Prozent. Auf die Partei „Pazanga“ (d. i. Nation-

Die Neubildung der englischen Regierung.

Bonar Law zum König berufen.

London, 19. Oktober. (Reuter, 5.30 Uhr nachmittags.) Der König hat das Abschiedsgesuch von Lloyd George genehmigt.

London, 19. Oktober. (N. N.) Es wird gemeldet, daß der König Bonar Law zu sich berufen hat, der sich zur Bildung des neuen Ministeriums bereit erklärte. Bonar Law war bei der Konferenz der Konservativen Hauptredner, der sich gegen die Erhaltung der Koalition aussprach. In seiner Rede betonte er, daß die Unabhängigkeit der konservativen Partei unerlässlich sei, wenn die Partei ihre Einheit bewahren soll. Die Erklärung Bonar Laws machte tiefen Eindruck und war bei der Abstimmung von entscheidendem Einfluß.

Es verlautet, daß in Kürze Wahlen ausgeschrieben werden. Obgleich die Konservativen, welche jetzt ihre Unabhängigkeit erklärt haben, bei

den allgemeinen Wahlen mit einem eigenen Programm und mit eigenen Führern auftreten wollen, und falls sie Erfolg haben sollten auch einen eigenen Premierminister namhaft zu machen beabsichtigen, war doch aus der Rede Bonar Laws und aus der Resolution, über welche in der Sitzung der Konservativen abgestimmt wurde, klar, daß die Mitarbeit mit den koalitierten Liberalen nicht ausgeschlossen ist. Bonar Law erklärte, daß er die Beteiligung jener Liberalen, mit welchen die Konservativen zusammenarbeiten, willkommen heißen würde und daß er keineswegs die Möglichkeit ihrer Angliederung nach den Wahlen ausschloß. In der Resolution wird erklärt, daß die konservativen Partei unabhängig sein wird, aber zur Mitarbeit mit den koalitierten Liberalen bereit sei.

Sturmjahren im preussischen Landtag.

Berlin, 19. Oktober. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung des preussischen Landtages führten die Kommunisten wieder einige forcierte Lärmereien auf. Die Vorträge im Jirkus Busch am vorigen Sonntag standen zur Debatte und die kommunistischen Abgeordneten hatten dazu ihre Anhänger aus den Großbetrieben angeboten, von denen aber nur ein kleiner Teil in das Gebäude eingelassen wurde. Genosse Rabold als Vertreter der Sozialdemokraten, der zuerst das Wort nahm, übte scharfe Kritik an dem „Bund für Freiheit und Ordnung“, dessen reaktionären Charakter er nachwies. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß das Verhalten der Kommunisten gerade jene Kreise häßte, denen diese Organisation entstammt.

Mit der Methode des Rabold förderte man nicht die wirtschaftliche Lage der Arbeiter. Genosse Rabold wurde für diese Ausführung von den Kommunisten mit den wütendsten Schimpfwörtern bedacht. Daß er aber vollkommen recht hatte, zeigten die Ausführungen des Deutschnationalen Rippel, der von der Regierung scharfe Maßnahmen gegen die linksradikalen Organisationen verlangte. Auch während dieser Rede machten die Kommunisten großen Lärm, an dem sich auch ihre Parteigenossen auf der Tribüne beteiligten, sodas der Präsident mit deren Klammerung drohte. Am Schluß der Sitzung ließ der Kommunist Gesche eine große Schimpfanrede los, während der es den Unruhe ruhe hegelte. Morgen wird der Minister des Innern, Genosse Sebering, antworten.

naipartei, welcher die Rechtsstehenden angehören, 3 Prozent, Polen 1 Prozent, Juden 5 Prozent, der Rest verteilt sich auf die übrigen Parteien.

Das Endergebnis steht noch aus. Sicher ist nur, daß die lettlandische bürgerliche Presse die Partei des Proletariats während der Wahlkampagne mit allen Mitteln bekämpfte, ohne deren Anfang einschüchtern oder abspenstig machen zu können. Die reaktionären Parteien entbehren im Lande jeder wirtschaftlichen Grundlage, es gibt keine Groß-, sondern nur Kleinindustrie und Kleinbürger. Deshalb wird sich Lettland über kurz oder lang zur Demokratie und zum Sozialismus entwickeln müssen.

Telegramme.

Eberts definitive Präsidentschaft.

Berlin 19. Oktober. (Sch. P.-B.) Der Antrag, der Ebert das Amt eines verfassungsmäßigen Reichspräsidenten bis zum 30. Juni 1925 verleiht, wird laut „Vortwärts“ schon Freitag im Reichstage zur Beratung gelangen. Die zur Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit wird jedenfalls erreicht werden, da die aus Deutschnationalen und Kommunisten bestehende Opposition im höchsten Maße 70 bis 80 von 460 Stimmen aufbringen wird.

Ein deutschnationaler Agitationsantrag.

Berlin, 19. Oktober. (Eigenbericht.) Die deutschnationale Fraktion des Reichstages hat einen scharfen Antrag eingebracht, in welchem sie die Aberkennung der Wahl des Reichspräsidenten auf den 3. Dezember d. J. fordert. Selbstverständlich wird dieser Agitationsantrag der Deutschnationalen von der übergroßen Mehrheit des Reichstages, die für ein Vertrauensvotum für den Reichspräsidenten Ebert ist, abgelehnt werden. Nur die Kommunisten werden sich bei der Abstimmung am Freitag wieder in Gemeinschaft mit den Deutschnationalen befinden.

Die Wahlkampagne in England.

London, 19. Oktober. Kriegsminister Worthington-Evans kündigte in einer gestern gehaltenen Rede an, daß es in nächster Zeit zu Neuwahlen kommen werde. Ihr wahrscheinlichstes Resultat besprechend, sprach der Minister die Ansicht aus, daß wahrscheinlich keine Partei eine entscheidende Mehrheit erzielen werde, so daß die nächste Regierung wahrscheinlich entweder aufgrund einer Kombination der konservativen Partei mit einigen Liberalen, oder einer Kombination der liberalen Partei mit einigen Mitgliedern der Arbeiterpartei gebildet werden wird.

Ein interessanter Index für die Stimmung in der Wählererschaft ist das Ergebnis der bereits gemeldeten Ergänzungswahl in New Port. Gewählt ist der Kandidat der konservativen Partei mit einer Mehrheit von 2.000 Stimmen gegenüber dem Kandidaten der Arbeiterpartei, der seinerseits jedoch um 3.000 Stimmen mehr erhielt als der Kandidat der liberalen Partei. Der gewählte konservative Kandidat Elary war in seinen Wählkreisen scharf gegen die heutige Koalition aufgetreten, indem er Nachdruck auf eine vereinigte konservative Partei legte. Für die nächsten Tage ist ein außerordentliches Kongreß von Delegierten der ganzen konservativen Bewegung einberufen. Der Kongreß soll hauptsächlich die Stimmung in der Wählererschaft sondieren, weshalb Delegierte aus allen Wahlkreisen dazu werden entsandt werden.

berhandelt werden, soll man nach der Urteilsprechung die gegenwärtige Amnestie anwenden. Allen denjenigen, die wegen Widerstandes gegen die Beschlagnahme der Kirchenschatze zu Freiheitsstrafen verurteilt worden sind, ist die Strafe erlassen und sie selbst werden nach ihren Heimatsorten zurückgeschickt, unter Aberkennung ihrer bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von drei Jahren und unter Verpflichtung, während eines Jahres ihren Ort und Kreis nicht zu verlassen. Das vom Räte der Volkskommissare bewilligte Amnestieprojekt wird am 20. Oktober dem Plenum des Allrussischen Exekutiv-Komitees zur Bestätigung vorgelegt werden. (Es fragt sich, ob diese begrüßenswerte Amnestie auch für die Führer der Sozialrevolutionäre gilt und damit das Damoklesschwert der „bedingten Todesstrafe“ von ihrem Haupte genommen ist. D. Red.)

Kommunistisches Rehergericht.

Paris, 19. Oktober. (Sabas.) Die vom Kongresse der kommunistischen Partei zur Erörterung verschiedener Differenzen in der Partei eingesetzte Kommission beschloß, die Kommunisten Bloch, Sellier und Brizon aus der Partei auszuschließen. Ueber die Durchführung dieses Beschlusses wird das Plenum des Kongresses die Entscheidung treffen.

Kampf Frankreichs gegen Bradburns Reparationsplan.

Paris, 18. Oktober. (Sabas.) Heute vormittags beriet sich Poincaré u. a. mit Barthou, Mauclère und de Laferrière über die Antwort Frankreichs auf den Vorschlag Bradburns. Barthou wird sich bei der Reparationskommission dafür einsetzen, daß der enalische Vorschlag bei Seite gestellt wird. Der Vorschlag Frankreichs wird auf Grund des Beschlusses der Reparationskommission vom 31. August d. J. erfolgen und einen Finanzreformplan für das Deutsche Reich enthalten. Zwangsmahnahmen werden nicht vorgesehen sein, da sie in die Kompetenz der Regierung fallen.

Frankreichs Kommunisten für Moskau.

Paris, 19. Oktober. (Sabas.) Der Parteitag der Kommunisten nahm nach 36stündiger Debatte eine Resolution über die allgemeine Parteipolitik an, die von Trossard und Souvaran beantragt wurde und die Annahme der 21 Moskauer Bedingungen ohne Vorbehalt bedeutet.

Der Bergarbeiterstreik in der Slowakei.

Přezburg, 19. Oktober. Der Bergarbeiterstreik in Handlova dauert an. Verhandlungen, die mit Intervention der Regierungskommissare für Sittenwesen in Přezburg geführt werden, sind im Zuge. Man glaubt, daß der Streik baldigt beendet sein wird.

Der Lohnkampf in der Metallindustrie Mittelböhmens.

Prag, 19. Oktober. Vom Sekretariate des Metallarbeiterverbandes in Prag wird zum Lohnkampf in der mittelböhmischen Metallindustrie mitgeteilt: Die im engsten Verhandlungsausschusse geführten Verhandlungen haben auch heute kein Resultat erzielt. Es wurde kein Uebereinkommen erzielt und auch die strittigen Standpunkte konnten einander nicht nähergebracht werden. Die Verhandlungen werden morgen nachmittag um einhalb 16 fortgesetzt.

Der Wiener Bankverein erhöht sein Aktienkapital.

Wien, 19. Oktober. Der Wiener Bankverein hat beschlossen, das Aktienkapital von 1 Milliarde Kronen auf 2 Milliarden Kronen zu erhöhen und zwar sollen vorerst 1.250.000 neue Aktien, gleich Nominal 500 Millionen Kronen zur Ausgabe gelangen, die an den Erträgen des Jahres 1923 partizipieren und den Aktionären im Verhältnis von 2 : 1 zum Bezuge angeboten werden sollen. Weiters wurde der Administrationsrat ermächtigt, die Transaktion bezüglich der Aufstempelung der Aktien nach seinem Ermessen durchzuführen.

Die Kreditanforderung der Wiener Regierung.

Wien, 19. Oktober. (N. N.) Im Budgetausschusse erklärte Finanzminister Seagr bei Verhandlung des gestern von der Regierung eingebrachten Kreditermächtigungsgesetzes von 750 Millionen Kronen, die Regierung benötige diesen Betrag, um gemäß einem Vorschlag der Genfer Konvention dem französischen und italienischen Kreditvorschuß, sowie den bisher liquidierten österreichischen Anteil am Goldschafe der österreichisch-ungarischen Bank, von insgesamt 50 Millionen Goldkronen, gleich 750 Millionen Papierkronen, wofür die Regierung bei der österreichisch-ungarischen Bank nach dem Tageskurse Papierkronen bezog, gegen Schatzscheine einzulösen. Mit dieser Transaktion hofft die Regierung bis zur Durchführung des Reformprogrammes, wodurch der Staat in den nächsten zwei Jahren ins Gleichgewicht gebracht werden soll, das Auslangen zu finden. Nach längerer Debatte, in der die Sozialdemokraten ihren ablehnenden Standpunkt gegenüber der Kreditermächtigungsvorlage begründeten und Finanzminister Seagr erklärte, daß die Regierung die inflatorischen Wirkungen der Kreditoperationen auf die Volkswirtschaft zu vermeiden trachte und die Transaktion so gebacht sei, daß die Banken einen Vorstoß geben sollen, wurde die Kreditermächtigungsvorlage angenommen.

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Berlin, 19. Oktober. Zwischen dem Reichsverband der deutschen Industrie und den deutschen Gewerkschaften sind Verhandlungen statt, um einen gemeinsamen Wiederaufbauplan für Frankreich aufzustellen. Die Verhandlungen wurden scheinbar durch Finanzkreise angeregt, die für eine internationale Anleihe in Betracht kommen. Daher sei auch der Plan vor seiner Veröffentlichung diesen Finanzkreisen, besonders den amerikanischen, vorgelegt worden.

Arbeiterausperrung in Magdeburg.

Magdeburg, 19. Oktober. Die Arbeiterschaft aus den Grupp-Gruson-Werken hatte von der Direktion Stellungnahme zu einem kürzlich in demselben gefällten Entschluß gefordert. Die Direktion lehnte dies ab, da sie gegenwärtig mit dem Arbeitsministerium in Verhandlung steht. Deshalb legte die Arbeiterschaft heute mittig die Arbeit nieder, worauf die Direktion die gesamte Belegschaft aussperrte.

Steigende Devisenkurse in Berlin.

Berlin, 19. Oktober. (Eigenbericht.) Der Stillstand der Kurse auf dem Devisenmarkt hat nicht lange angehalten. Trotzdem das Geschäft sehr ruhig war, zogen die Kurse heute wieder an. Diesmal geht die Kauffe von den ausländischen Börsen aus, von denen ein niedrigerer Marktkurs gemeldet wird. Der Dollar ist von 2896 auf 3192, das englische Pfund von 12.858 auf 14.261, Schweizer Frank von 533 auf 583, tschechische Krone von 9493 auf 10.498 gestiegen.

Neuerliche Erhöhung der deutschen Personentaxen.

Berlin, 19. Oktober. (Wolff.) Die am ersten November in Kraft tretenden Personentaxen werden vom 1. Dezember ab um weitere 100 Prozent erhöht.

Eine „Jubiläums-Amnestie“ in England.

Prestingsford, 17. Oktober. (S. N.) Auf Vorschlag der Kommission, die das Projekt der Jubiläumsamnestie bearbeitet, hat sich der Rat der Volkskommissare damit einverstanden erklärt, daß auf die politischen Gefangenen, die in den Jahren 1921-22 verurteilt worden sind und die sich in Gefängnissen und Konzentrationslagern befinden, folgende Strafermäßigungen angewandt werden: den zu einer Frist von fünf Jahren und länger Verurteilten soll die Strafe zur Hälfte erlassen werden; alle in den Jahren 1920 und 1919 Verurteilten aber werden freigelassen und nach ihren Heimatsorten geschickt werden. Ferner sollen auch die in 1921-22 Verurteilten, falls sie an das Allrussische Exekutiv-Komitee eine Erklärung richten, in der sie ihre völlige Reue über ihr Auftreten gegen die Sowjetregierung ausprechen und versprechen, sich nicht mehr an Erhebungen gegen die Arbeiter- und Bauernregierung zu beteiligen, von der Freiheitsstrafe gänzlich befreit, aber zur „freiwilligen Siedelung“ in wenig bewohnte Gegenden Sibiriens geschickt werden. Bei allen zu Tode Verurteilten soll die Todesstrafe in fünfjährige Gefängnisstrafe umgewandelt werden, bei allen zur Verhinderung Verurteilten soll die Strafe um ein Drittel ermäßigt werden. Auf alle wegen politischer Vergehen, die bis zum 7. November 1922 stattgefunden haben, Belangte, deren Sachen jetzt vor den revolutionären Tribunalen

Tages-Neuigkeiten.

Wiedemann, der deutsch-nationale Stadtvertreter, Abgeordneterkandidat und Ehrenmann.

Wir haben uns bereits gestern mit den sauberen Geschäften befaßt, durch die der Karlsbader deutsch-nationale Stadtvertreter Ludwig Wiedemann ein paar Zehntausender in seine Tasche zu bringen versuchte. Der Karlsbader „Vollwille“ beschäftigt sich nun an leitender Stelle sehr ausführlich mit diesem aufsehenerregenden Fall und schildert ganz genau, in welcher unglaublichen Weise der Ehrenmann Wiedemann in dieser Affäre vorgegangen ist. Zunächst sei festgestellt, daß Wiedemann nicht nur deutsch-nationaler Stadtvertreter, sondern auch Handelskammerrat, Beisitzer des Bürgergerichts, Obmannstellvertreter des deutsch-nationalen Stadtverordnetenklubs in Karlsbad ist und außerdem bei den Wahlen in das Abgeordnetenhaus auf der deutsch-nationalen Liste als zweiter Mann rangierte. Als Wiedemann bei den Wahlen durchgefallen war, rief er wütend und berätend die „deutsche Gewerkepartei“ ins Leben, zog gegen die Deutsch-nationalen zu Felde und wurde dann auf einmal wieder strammes Mitglied der Karlsbader Stadtvertretung, aus welcher er den Maler Lehninger zwang, ihn als Kompagnon bei den, dem Malermeister übertragenen Arbeiten zur Renovierung des Kurhausbaues aufzunehmen. Als Mitglied der Stadtvertretung war Wiedemann nach den gesetzlichen Bestimmungen für städtische Lieferungen überhaupt nicht geeignet, aber darum scherte er sich und die Seinen nicht. Er wollte den Gewinn von einigen tausend Kronen einstecken, wobei er sich an der Ausführung des Auftrages fast überhaupt nicht beteiligte. Ueber seinen Auftrag stellte Malermeister Lehninger die Rechnung an das Bauamt mit Hinweglassung eines Betrages von 600 K für kleinere Arbeiten aus. Wiedemann aber ließ diese Rechnung dann verschwinden, stellte eine neue Rechnung aus, auf der er den Namen Lehningers selber unterschrieb und die kleineren Nachtragsarbeiten, von denen er gesagt hatte, daß Lehninger sie nicht berechnen solle, mit einreichte. Als Lehninger auf Vorlage der Originalrechnung bestand, ließ Wiedemann seine Rechnung wiederum aus dem Akt ganz einfach verschwinden. Er warnte Lehninger, mit dieser Geschichte an die Öffentlichkeit zu gehen. Die Briefe, die sich Wiedemann bei dieser Gelegenheit zuschulden kommen ließ, sind aber nunmehr der Öffentlichkeit bekannt und unser Karlsbader Bruderblatt bringt in seiner gestrigen Nummer den Abdruck der Originale, welche den deutsch-nationalen Funktionär aufs schwerste kompromittieren.

Wir sind neugierig, wie sich die deutsch-nationale Partei und ihre Presse zu den schmutzigen Geschäften Wiedemanns, eines ihrer ersten Vertrauensmänner, verhalten wird. Die Bevölkerung von Karlsbad wird aber hoffentlich bei den kommenden Wahlen, seien es nun die in die Gemeinde oder die ins Parlament, der deutsch-nationalen Partei zeigen, welches Vertrauen sich die Partei Wiedemanns bei ihr erworben hat.

„Gegen die deutsche Gefahr in der tschechischen Armee.“ Zu der unter diesem Titel im tschechischen Vereinshause in Brünn abgehaltenen Versammlung, deren wir bereits Erwähnung taten, wird uns aus Brünn geschrieben: Die Versammlung blieb auf das beschränkt, als was sie beabsichtigt war, nämlich auf eine Kundgebung der tschechischen nationaldemokratischen Partei, die allen Grund hat, die Aufmerksamkeit von ihrem eigenen Hochwert an den Volkswirtschaften, die ihre ganze Wirtschaftspolitik bedeutet, durch Ausschaltung der Spionageaffäre gegen die Deutschen auf ein anderes Gebiet abzuwenden, um die Ketterin des Vaterlandes zu spielen und ihr verbläutes Ansehen aufzufrischen. Ob das politische Geschäft, das damit beabsichtigt wird, zu dem erzielten Erfolge führen wird, ist fraglich. Es ist möglich, daß ein Mensch aus „politischen“ Gründen Spionage treibt, die Politik läßt ja manche Verwerflichkeit zu. Warum also nicht auch diese? Daß aber eine Nation für solche politische Individuen die Verantwortung zu tragen hätte, ist natürlich ein Unsinn. Wenn die Herren Dr. Strausky und Abgeordneter Botruba die Entfernung deutscher Offiziere aus der Armee verlangen, so werden sie vergeblich den Glauben beanspruchen, daß es sich dabei um „ideale Gründe“ eines aufgeregten und besorgten Nationalismus gehandelt habe. Aber selbst fanatische Narren, die aus politischen Gründen die Spionage als eine Form der Bekämpfung der tschechischen Armee ansehen, sind eine Ausnahme von der Regel, daß es im allgemeinen Scharfsinn ist, die solche Art von Verbrechen zeitigt. Das ist so selbstverständlich, daß es schon schwer zu begreifen ist, wie doch viele Hunderte Menschen der Einladung in eine Versammlung folgen konnten, in der die nationale Seele zum Kochen gebracht werden soll, bei einem Anlasse, der nur Staatsanwaltschaft und Richter zum Eingreifen auffordert. Die Versammlung der Nationaldemokraten war aber ein Versuch, die Ruhe und Objektivität der zur Aufklärung der fraglichen Tatsachen bestimmenden Faktoren zu stören. Sie ist ein Versuch zur Politisierung der Justiz. Für den größeren Teil der Versammlungsteilnehmer handelte es sich um die Wiederholung eines schon zu lange entbehrtten Schauspiels, wofür auch der Umstand spricht, daß die Versammlung mit dem obligaten Marsch vor das deutsche Theater, vor die Redaktion des „Tagesboten“ und als neueste Nuance vor das Haus des Abgeordneten Dr. Baerandete. Man hatte seinerzeit gemeint, daß sich der junge Doktor Strausky, der in der Versammlung redete, aus der Politik in die Wissenschaft zurück-

gezogen habe, weil ihm die gemeine Politik seiner Partei nicht weiter behagte. Wenn er nun von der Studierstube wieder in die Volksversammlung geht, wenn er dem nationalen Krachel Anreden und Stichworte gibt, so zeigt dies, daß man sich bezüglich der Mentalität der jüngeren Generation des Hauses Strausky einer optimistischen Täuschung hingeeben hat. Es beweist, daß auch Strausky junior nichts anderes sein will, als ein Agitator für die Bedürfnisse der nationaldemokratischen Partei, obwohl er in Wahrheit nichts anderes ist, als ein den Reklamebedürfnissen des Felden Baerand untreuwillig dienender Agent.

Der Kampf gegen die reaktionellen Inzerate. Das am 1. Oktober in Oesterreich in Kraft getretene neue Pressegesetz enthält eine Bestimmung, die eine besondere Erscheinung der Pressekorruption, nämlich in den reaktionellen Teil des Blattes eingeschmuggeltes Inzerat, Antündigungen und Anpreisungen den Herausgebern machen soll. Nach dem neuen Gesetz müssen bezahlte oder auf irgendeine andere Weise (z. B. durch Freilisten) honorierte Inzerate deutlich als solche zu erkennen sein. Die großen bürgerlichen Blätter in Wien haben sich um diese neue Bestimmung entweder überhaupt nicht gekümmert oder das Gesetz dadurch umgangen, daß sie bei den Inzeraten ein Kreuzchen zugefügt haben und erklärten, daß es durch die Bestimmung des Gesetzes benützte worden sei. Der Pressestaatsanwalt war natürlich anderer Meinung. Er schritt gegen die Blätter, die vom 1. bis 4. Oktober ihrer Pflicht nicht nachgekommen waren, ein. Am Dienstag fand vor dem Wiener Bezirksgericht I die Verhandlung statt. Angeklagt waren: die Siebrenmühlblätter, nämlich das „Neue Wiener Tagblatt“ und die große und die kleine „Vollzeitung“ (Angeklagter der Vizepräsident Dr. Viktor Gräß), die „Neue Freie Presse“ (Angeklagter der Herausgeber Dr. Ernst Benedikt), das „Neue Wiener Journal“ (Angeklagter der Herausgeber Jakob Lippowitz), die Elbembühblätter „Extrablatt“, „Mittagszeitung“ und „Wiener Allgemeine Zeitung“ (Angeklagter der geschäftsführenden Verwaltungsrat Siegfried Rosenbaum). Der Angeklagte Dr. Gräß erklärte, das Kreuzchen sei eine deutliche Bezeichnung; wenn es weggelassen sei, so sei es nicht des Rettenes gewesen! Von einigen Blättern waren zu der Verhandlung Redakteure erschienen, um als „Ausnahmispersonen“ zu fungieren, obwohl die Sache die Redakteure gar nichts angeht, da das Gesetz für Vergehen bei Inzeraten nur den Herausgeber und den Eigentümer verantwortlich macht. Auch die Verwaltungsorgane waren gekommen. Zum allgemeinen Gaudium stritten sich nun Redakteure und Verwaltungsorgane herum, ob dies oder jenes Inzerat bezahlt sei oder nicht. Interessant war, was der Verteidiger der Angeklagten, Dr. Comont, erklärte: „In einer Zeit, in der die Presse die Aufgabe hat, die Fenster beschlässe im Publikum zu verbreiten, wird eine solche Anklage erhoben! Die Wiener Presse kann mit Stolz von sich sagen, daß sie Zeit ihres Lebens für die Geselligkeit eingetreten ist. Diese Anklage kann nicht in der Tendenz der Regierung liegen, die die Zeitungen braucht. Das Tölpel der Blätter wäre größer, wenn den Zeitungen diese Einnahmequelle verschlossen wird. Wenn der Redakteur Geld nimmt für die Nachrichten der Südbahn, so nur deshalb, weil die Zeitung es braucht.“ Nach langer Verhandlung verurteilte der Richter die Angeklagten Dr. Viktor Gräß, Dr. Ernst Benedikt, Jakob Lippowitz und Siegfried Rosenbaum für jede bezahlte Antündigung, die in den ersten drei Tagen des Oktobers im reaktionellen Teil erschien, aber gar nicht oder mit einem Kreuzchen bezeichnet war, zu fünftausend Kronen Geldstrafe. Bei den drei Stenormühlblättern sind es 149 Antündigungen, bei der „Neuen Freien Presse“ 118, beim „Neuen Wiener Journal“ 91, bei den drei Elbembühblättern 35. Demgemäß beträgt die Strafe für Dr. Viktor Gräß 745.000 K, für Dr. Ernst Benedikt 590.000 K, für Jakob Lippowitz 475.000 K und für Siegfried Rosenbaum 175.000 K. Außerdem erklärte der Richter das Geld, das für diese Inzerate genommen wurde, zugunsten des Staates verfallen. Welche Verträge das sind, wird das Gericht später feststellen. Natürlich geht dieses Geld in die vielen Millionen.

Die Wiener Arbeiterschaft gegen den Vertrag von Genf. Mittwoch abends protestierte die Arbeiterschaft Wiens in 43 Massenversammlungen gegen den Vertrag von Genf. Die Berichte über die Versammlungen lauten einstimmig, daß solche Massen in den Wiener Versammlungshallen noch nicht gesehen worden seien. In allen Versammlungen wurden die Beschlüsse des Parteitag einstimmig gebilligt und einmütig folgende Resolution angenommen: Die Versammlung erhebt gegen den Anechtungsvertrag von Genf feierlichen Protest und billigt die Beschlüsse des sozialdemokratischen Parteitag.

Ein Geständnis. Warum die Kommunisten die Gewerkschaften spalten, hat der kommunistische Parteisekretär Max Bierer in einer Versammlung in Auhergesfeld am 14. Oktober, einmal offen ausgesprochen. Er sagte: „Jetzt haben auch wir eine Gewerkschaft, welche die Partei unterstützt.“ Früher haben sie es immer geleugnet, daß sie eigentlich ihre Zerstörungsbereitschaft ausgeben müßten, wenn sie nicht mit fremden Geldern ausgehalten werden würden, jetzt geben sie es schon unumwunden zu. Da der Zustrom aus Rußland aufgehört hat, müssen sie die Gewerkschaften zerstoren, damit sie eine neue Geldquelle erhalten.

Zeitwellige Einstellung der „Zukunft“ (Berlin). Laut der „Vossischen Zeitung“ geht die von Maximilian Harden herausgegebene „Zukunft“ nicht ein, sondern es tritt lediglich eine Pause in dem Erscheinen der Zeitschrift ein, da Harden durch das auf ihn verübte Attentat noch so geschwächt ist, daß er sich die größte Schonung auferlegen muß.

tal noch so geschwächt ist, daß er sich die größte Schonung auferlegen muß.

Eine traurige Meldung. Die Linzer Sicherheitswache brachte ein Konsortium jugendlicher zur Anzeige, die sich an vier- und sechsjährigen Mädchen unsittliche Handlungen zuschulden kommen ließ. Unter den Angezeigten befinden sich auch Schulknaben im Alter von 8 bis 10 Jahren!

Raubmord in einem rumänischen Zuge. Der von Czernowitz nach Neapolokung fahrende Eisenbahnzug wurde am Samstag abends der Schaulpage eines verwegenen Raubmordes. In diesem Zuge fuhren, wie der Czernowitzer „Vorwärts“ meldet, die Eisenbahnbeamten Ingenieur Goldenberg und Kassier Ceausescu, mit den Geldern zur Auszahlung der Streckenarbeiter in einem geschlossenen Güterwagen. Auf der Strecke Marmajesti—Zugan, sprang ein Soldat auf den fahrenden Zug. Der Unbekannte hatte eine rote Maske und in der Hand eine schwere Art, mit der er die Wagentür zu erschlagen versuchte. Tatsächlich gelang es ihm, ein Brett aus der Tür zu schlagen, worauf er mehrere Revolvergeschosse in das Wageninnere feuerte. Der erste Schuß traf den Ing. Goldenberg in die Kniekehle, drei andere Schüsse den Kassier Ceausescu, der sogleich tot zu Boden fiel. Ein Schuß hatte ihn in die Herzgegend, ein zweiter in die Lunge getroffen. Ingenieur Goldenberg öffnete die Tür, warf sich aber gleich zu Boden und stellte sich tot. Der Bandit betrat den Wagen, nahm das für die Arbeiter bestimmte Geld, das sich in einer Handtasche befand, mit sich und sprang vor der Bruthrücke, wo der Zug ganz langsam fuhr, ab. In der Tasche befanden sich 120.000 Lei. Man vermutet, daß der Bandit ein Streckenarbeiter ist.

Millioneneinbruch in Aulfig. In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag wurden in Aulfig drei große Einbrüche verübt, und zwar in der böhmischen Handelsgesellschaft und in zwei Geschäften. Die eiserne Kasse der böhmischen Handelsgesellschaft wurde angebrochen, geöffnet und daraus ein Betrag von ungefähr einer Million Kronen Papiergeld entwendet. Vier Säcke mit Bargeld zu je Eintausend Kronen liegen die Täter zurück. Im Konfektionsgeschäft Vid erbeuteten die Einbrecher rund Fünfhundert Kronen. Die Täter konnten bisher nicht ermittelt werden. Es scheint sich um eine große Einbrecherplatte zu handeln, die bereits eine Reihe von Einbrüchen, darunter auch jenen in der Aulfiger Krankenkasse, auf dem Gevißer haben soll.

Die Wohnbauarbeiten in Prag. In den letzten Sitzungen der Prager Verwaltungskommission wurde folgender Stand der Aktion zur Behebung der Wohnungsnot festgestellt. Die Prager Gemeinde hat soeben das Offertverfahren für Aufhebung auf den Bau eines vierstöckigen Zinshauses in Prag-Bysovcany ausgeschrieben, mit dessen Bau in diesem Jahre begonnen werden soll. Ebenso wird mit dem Bau zweier Zinshäuser in Prag-Bysovcany noch in diesem Jahre begonnen werden. Als weitere Bauten zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und zur Linderung der Wohnungsnot werden in nächster Zeit der Bau eines Zinshauses in Smichov sowie der Bau von vier Zinshäusern in Lieben geplant. Der im Frühjahr begonnene Bau von neun vierstöckigen Zinshäusern in Prag VII. nähert sich seiner Vollendung. — Wenn der vorgesehene Bau von acht Wohnhäusern bei der heutigen Wohnungsnot in Prag-Prag auch nicht viel bedeutet, so bildet er immerhin einen Schritt, wenn auch einen kleineren, auf dem Wege zur Besserung der Prager Wohnungsverhältnisse.

Das Ergebnis des Lepšer Schachturniers. Im internationalen Schachturnier in Lepšer brachte erst die letzte Runde die Entscheidung. Das Resultat des Turniers ist: Die beiden ersten Preise gewinnen gemeinschaftlich Nati und Spielmann mit neun Zählern. Den dritten und vierten Preis teilen sich Grünfeld und Tartakower mit achteneinhalb. Fünfter Preisstreiter ist Rubinstein mit acht, sechster Kostlich mit sieben, siebenter Teichmann mit sechs. Dann folgen Maroczy, Treibbal mit fünfeinhalb, Mieses, Sämisch, Tarrasch mit fünf, Zohner mit vier Zählern.

Das Theatre-Variete in Prag spielt in den laufenden zwei Wochen wieder einmal ein Programm, das ganz darnach angeht, dem Zuschauer für ein paar Stunden von der drückenden Last der Alltagsorgen zu befreien. Manche der dargebotenen Leistungen erheben sich sogar sichtlich über das Niveau sonstiger Varieteeinmühen. Hier ist in erster Linie die geschickvolle Geigerin Erna Haubel zu nennen, die wohlverdienten Beifall erntet. Aber auch die wunderbare Farbenpracht im Tanzausstattungsstücke der „Etraz“, die kunstvollen Lichtwirkungen dieser Szenen, heben sich wohltuend aus den übrigen, fast durchwegs zirkusähnlichen Nummern heraus. Und wer schon will, wieweit Menschen die Beweglichkeit und Leistungsfähigkeit ihrer Gliedmaßen zu steigern fähig sind und — auf welche Weise sich Menschen ihr Brot verdienen müssen, der gehe hin und staune die Arbeitergruppe an, die sich jetzt im Theatre-Variete produziert.

Die Anti-Micholaustrahlung im kleinen Kramsaal in Prag ist täglich von 10—1 und von 3—7 Uhr geöffnet. Eintritt 1 K, Soldaten und Schüler 50 h. Täglich um 5 Uhr sachkundige Führung.

Mysteriöser Fund eines weiblichen Skeletts. Bei Umbauarbeiten in den Kellern von Theresienstadt fand man zirkel drei Meter tief unter dem Fußboden ein weibliches Skelett; die Begleitumstände lassen auf ein Verbrechen schließen, das hier vor langer Zeit verübt wurde. Der Schädel wies oberhalb des rechten Ohres eine Verletzung auf, die tödlich gewesen sein dürfte. Arme und Füße dürften gefesselt gewesen sein. Die Leiche scheint seinerzeit unter besonderen Vorsichtsmaßregeln verscharrt worden zu sein und man hatte Vorsehungen getroffen, um den Verwesungsgeruch hintanzuhalten. Ältere Leute

wissen sich zu erinnern, daß vor Jahren das Dienstmädchen eines Hauptmannes spurlos verschwunden ist.

Kassaeinbruch in Aulfig. Unbekannte Täter haben gestern nachts die Kassa der tschechischen Handelsgesellschaft in Aulfig erbrochen und daraus 991.000 K geraubt. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Aus der Chronik der Verbrechen. Der Gutsbesitzer und Kapitän d. R. Hermann Marnegg wurde auf seinem Gute Slaton bei Groß-Topolcany, 500 Schritte von seinem Haus entfernt, von drei Wilderern überfallen und durch zwei Schüsse aus einem Mannsberggewehr schwer verwundet. Auf den bewußtlos auf dem Boden Liegenden gaben die Wilderer noch weitere elf Schüsse ab, töteten seinen Jagdhund und stahlen ihm sein Gewehr. Beim Verannahen des Hegers ergriffen sie die Flucht. — Vorgestern früh wurde im Walde von Stanovitz bei Duval die Leiche einer 24jährigen Frau, die in der Nacht ermordeet wurde, aufgefunden. Am Tatort fand sich eine Gerichtskommission ein, welche konstatierte, daß zwischen der Ermordeten und dem Mörder ein harter Kampf stattgefunden haben muß. — Dieser Tage wurde auf dem Prerauer Bahnhofe der entlassene Eisenbahnbedienstete Karl Dthalik in dem Momente angehalten, als er eine geheigte Lokomotive bestieg. Bei der Einvernahme wollte er nicht sagen, was er mit der Lokomotive vorhatte. Da er, mit den Verhältnissen auf dem Prerauer Bahnhofe bekannt, leicht aus Prerau mit der Lokomotive davonfahren und vielleicht absichtlich auf der Strecke ein Unglück hätte verursachen können, wurde er verhaftet und dem Gerichte überstellt.

Internationale Solidarität.

Der französische Genosse Bracke urteilt vor den Wiener Arbeitern die Völkerverbundskontrolle ab.

Genosse Alexander Bracke, sozialistischer Abgeordneter für Paris, war von der sozialistischen Partei Frankreichs zum Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie delegiert; kam aber nicht mehr zurecht. Er nahm nun die von zehntausend Arbeitern besuchte Massenversammlung im Favoritener Arbeiterheim wahr, um an das österreichische Proletariat eine Ansprache zu richten, in der er unter anderem sagte:

„Seid sicher, daß wir in Frankreich bereit sind, die Proteste des deutschösterreichischen Volkes mit allen Kräften zu unterstützen. Wir wollen in unserem Parlament unsere Entrüstung kundtun gegen die Bedingungen der sogenannten Hilfe, die eine unzulässige Beschränkung des Selbstbestimmungsrechtes auch im Interesse des Landes bedeuten würden. Wir wollen unseren Mitbürgern, insbesondere unserer Arbeiterschaft darlegen, wie die Entenmächte durch die Genfer Konvention dahin streben, die österreichische Republik zur Kolonie des internationalen Finanzkapitals zu machen. Wir werden ihnen sagen, daß es sich um ihre eigene Sache handelt. Denn die Preisgebung der parlamentarischen Kontrolle zeigt hinlänglich — es ist geradezu ein Schulbeispiel — daß die kapitalistische Bourgeoisie, um die eigenen Interessen gegen den Aufschwung des Proletariats zu schützen, den nationalistischen Dämonen zu vergessen weiß, und, ohne sich um Nationalitäten und Grenzen zu kümmern, sich international als eins fühlt. Wir werden ihnen darum, mit welcher weisen Mischung von Kaltblütigkeit und Begeisterung sich die Sozialdemokratie von Oesterreich vorbereitet, die Folgen der auferlegten Diktatur abzuwenden. Wir werden sie daran erinnern, daß sich auch die Proletarier aller Länder vereinigen und einen großen Bruderbund bilden müssen. Sie sollen sich überzeugen, daß es ihre Pflicht ist, die Freiheit aller Nationen zu verteidigen, und daß sie dies am besten tun, indem sie den Feind im eigenen Lande, das heißt die kapitalistische Ausbeutung und Herrschaft bekämpfen.“

Genossen und Genossinnen! Im Namen meiner Partei darf ich erklären, daß wir eins mit dem österreichischen Proletariat gegen den gemeinsamen Feind sind, denn er ist in jedem Lande derselbe. Es lebe das vereinigte Weltproletariat, es lebe die deutschösterreichische Sozialdemokratie!“

So wie die österreichischen Genossen erfüllt auch uns diese Kundgebung internationaler Solidarität von Seiten der französischen Arbeiterschaft mit Stolz und Freude. Und wir halten es für notwendig, auf diese musterghültige Haltung der französischen Partei insbesondere die tschechische Sozialdemokratie aufmerksam zu machen, die sich dadurch veranlaßt sehen möge, ihre eigene Stellungnahme zur Genfer Konvention zu überprüfen. Während Genosse Bracke in dieser Kontrolle ganz richtig die Kolonisierung Oesterreichs durch das internationale Finanzkapital erblickt, hat das „Pravo Lidu“ es gestern erst als einen grundlegenden Irrtum erklärt, die Hilfsaktion als einen Akt imperialistischer Regierungen zu betrachten. Das „Pravo Lidu“ hält den Plan für „nicht verdamnungswürdig“ und den Hülferuf der österreichischen Genossen für eine „Uebertreibung“. Was Bracke als Ausbeutung und Kolonisierung brandmarkt, nennt die tschechische Sozialdemokratie einen Plan der — „Gefundung“! Ja, sind wir Blindheit geschlagen, trotzdem (oder weil?) es um die Selbstbestimmung eines anderen Volkes geht.

Die deutschen Goldanweisungen.

Berlin, 19. Oktober (Wolff). Für die in Aussicht genommene Ausgabe der Goldanweisungen ist die Goldmilliarde der Reichsbank als Deckung nicht vorgesehen. Eine Einlösung der Goldanweisungen in Gold kommt nicht in Frage. Für die Anweisungen haftet das Reich, nicht die Reichsbank.

Gerichtssaal.

Aus dem Prager Strafgericht.

In der dumpfen Luft und dem düsteren Licht des Gerichtssaales wirkte das Aussehen des Mädchens, das zur Angeklagtenbank mit müdem Schritte hingeh, erschreckend. Jung ist sie noch, die Angeklagte, kaum 21 Jahre alt; und doch ist ihr Leib bereits totkräftig geworden. Die gelbbraune Farbe ihres Gesichtes verrät, daß die Tuberkulose sich in ihrer Brust fest eingesistet hat. Und müde wie ihr Gang ist ihre Stimme. — Neben ihr sitzt noch eine Angeklagte. Sie wirkt neben dem Mädchen wie das Leben selbst. Gesunde Gesichtsfarbe, robuste, herrliche Züge, voll, gewichtig die Gestalt. So sehen die hilflosen Frauen alle aus, die sich nicht scheuen, den gefährlichen, nur Kertzen erlaubten Eingriff gegen einen Sündenbock vorzunehmen. Das Mädchen erwidert leise und bestimmt auf die Anklage: Jung, unerfahren, habe sie einen Burtschen geliebt. Er hatte sie ganz in seiner Gewalt und in einer schwachen Stunde habe sie sich seiner nicht erwehren können. Und hätte damals keine Ahnung von den Folgen gehabt. Doch als sie das keimende Leben unter ihrem Herzen verspürte und als sich ihr Geliebter dann nicht mehr um sie gekümmert habe, da suchte sie aus Scham und Angst Zuflucht bei der neben ihr sitzenden Dame. Die Gebärme kann sich natürlich an nichts mehr erinnern. Es müssen daher neue Zeugen geladen werden. Die Verhandlung wird vertagt. Das Mädchen verläßt müden Schrittes den Saal. Kein Mensch ist da, der sie trösten würde. Ihre Eltern zeigen sich nicht mit ihr auf der Straße, der Mann, der sie ins Elend gebracht, buhlt jetzt vielleicht mit einer anderen. So muß sie, ohne aufzublicken zu können, die neugierigen Blicke der im Auditorium Anwesenden über sich gleiten lassen, denn die Menschen im Gerichtssaal sind ihr feind. Stempelt sie doch das Gezeck zur „Verbrecherin“.

Vor dem Richter sitzt der Hochschüler Alois Dvornak aus einem kleinen Orte bei Prag. Ein schmachtiger, junger Student, der bereits vorbestraft ist. Rot und die Unfähigkeit, sich durch der Hände Fleiß einen Brotwerb zu verschaffen, treiben ihn immer tiefer auf der Bahn des Verbrechens. Er hat in verschiedenen Hotels Meistertische und Bekleidungsstücke der Gäste gestohlen. Sechs Monate schweren Kerkers lautet das Urteil.

Am 19. Mai stante sich in der „Koruna“-Passage in Prag die Menge. Lauter Männlichkeit, denn im „Koruna“-Bad war heute Herrenstunde. Die Eingangstür zum Bade war jedoch geschlossen. Vor der Türe stritt sich der Majesteur Rudolf Sitar mit dem Besitzer des Bades Artur Stein herum und erklärte, daß die Bediensteten wegen ungenügender Bezahlung streikten und das Bad deshalb geschlossen bleiben müsse. Wenn er dennoch offen lasse, so könne er etwas erleben und die Polizei werde ihm nicht helfen. Der Besitzer hielt nun an diesem Tage auch tatsächlich geschlossen und verhandelte mit den Streikenden. Aber nach Beendigung des Lohnkampfes hatte er natürlich nichts anderes zu tun, als Sitar wegen öffentlicher Gewalttätigkeit anzuklagen. „Justitia“ ward dem Ankläger hold. Sitar bekam drei Monate bedingten Kerkers.

Zum Schluß noch eine Angelegenheit, die erst zur Verhandlung kommen wird: Die „Čestá prumyslová banka“ will am Graben in Prag ein Palais bauen. Sie kaufte daher das Echaus Graben-Perrengeasse samt den Nachbargebäuden und — kündigte 120 Wohnparteien. So ganz ohne weiteres, aber Nacht, als ob es in Prag Wohnungen in Fülle und Fülle gäbe. Die Mieter ließen sich ein solches Vorgehen nicht gefallen und haben nun geklagt.

Die alte Iergil. (7)

Erzählung von Maxim Gorkij.

„Ach, wie lange mußte ich auf ihn einreden! Es regnete und wir froren und wurden naß. Der Wind stöhnte und heulte, und stieß mich bald in den Rücken bald in die Brust. Ich schwankte hin und her und mußte unentwegt vor diesem Soldaten stehen, der hart wie ein Stein . . . und immer sein Nein wiederholte. Und jedesmal, wenn dieses kalte Worte von seinen Lippen klang, entbrannte heißer in mir der Wunsch, Arladel zu sehen. Ich maß im Sprechen den Soldaten mit den Augen; klein war er, trocken und hustete viel. Und ich fiel vor ihm zur Erde nieder, umfachte kräftig seine Arme, stehle mit leidenschaftlich brennenden Worten und riß ihn zu Boden. Rasch und heftig drehte ich ihn um, und drückte sein Gesicht fest in den dickflüssigen Kot, damit er nicht schreien könne. Er schrie auch nicht, zapfelte aber ganz schrecklich und versuchte immer, mich von seinem Rücken zu schütteln. Ich aber drückte mit der ganzen Kraft meiner beiden Hände seinen Kopf immer tiefer in den Kot. Davon erstarrte er wohl. Da stürzte ich zur Schiene, wo die Polacken fangen. Arladel! Flüsterte ich leuchtend in eine Fuge der Wand. Dumm sind sie nicht, diese Polacken, und als sie mein Flüstern vernahmen, hörten sie sofort zu singen an. Da sah ich auch schon seine Augen auf den meinen brennen: Kannst du von da heraus? — Ja, durch die Diele, sagte er, und ihrer viere krochen sie unter der Schienenwand hervor: mein Arladel und drei andere. Wo ist die Schildwache? fragte Arladel. — Da liegt sie! Und sie krochen gerade auf jene Stelle zu, wo der Soldat lag. Im Vorübergehen beschimpften sie ihn, und Arladel hob das Gewehr auf und stach ihm das Bajonett in den Rücken. Immer stärker regnete es und schrecklich heulte der Wind. Wir ließen das Dorf hinter uns und gingen lange schweigend im Walde. Schnell gingen wir

Wie wird unser Kohlenexport verhindert?

Eisenbahntarife für Kohle vom 1. September 1922 für 100 Kilogramm, umgerechnet in tschechoslowakische Währung (Seller) nach dem Kurse vom 1. September 1922. (Nach einer Aufstellung der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft.)

	T a r i f f						
	50	100	150	200	300	400	500
	Kilometer (in Sellern)						
Tschechoslowakei	375	400	525	648	780	1045	1210
Deutschland*)	39	54	86	118	150	212	271
Oesterreich*)	46	68	99	130	157	232	304
Jugoslawien	54	77	102	124	143	178	239
Ungarn, einheimische Kohle	14	19	28	38	48	64	79
Ungarn, Kohle fremder Herkunft	25	33	53	73	93	128	170
Polen	20	31	57	77	96	127	174
Italien	146	214	336	490	524	686	847
Frankreich	149	205	217	402	487	601	714
Belgien	111	166	249	277	304	350	444

*) Die Tarife in Oesterreich und Deutschland sind seit 1. September zirka um 100 Prozent erhöht worden, aber in derselben Zeit hat sich auch die Valuta dieser Länder, besonders Deutschlands, noch mehr verschlechtert, so daß sich die Tarifunterschiede weiter zugunsten der Tschechoslowakei geändert haben.

Die Frachttarife für Koks, Eisen und Erze sind in gleicher Höhe wie in obiger Tabelle. Die Tschechoslowakei hat demnach die teuersten Frachttarife in Europa. Gegenüber den hier genannten Staaten ist die Kohlenfracht in Deutschland 7mal, in Oesterreich 5mal, in Jugoslawien 5mal, in Ungarn 19mal, in Polen 13mal und in Belgien über 2mal billiger als in der Tschechoslowakei bei einer Transportentfernung von 25 Kilometer.

Bei einer Transportentfernung von 25 bis 100 Kilometer steigert sich der Frachtpreis in Belgien um 55 Seller, in Frankreich um 168 Seller, in Italien um 196 Seller, in Polen um 37 Seller, in Ungarn um 14 Seller, in Jugoslawien um 48 Seller, in Oesterreich um 53 Seller, in Deutschland um 47 Seller, in der Tschechoslowakei um 250 Seller.

Wirtschaft und Sozialpolitik.

Wirtschaftskrise und Krankenkassen. Die Ausbreitung der Arbeitslosigkeit bewirkt naturgemäß, daß die Mitgliederzahl bei den Krankenkassen in ständigem Abnehmen begriffen ist. Als Beispiel möchten wir zwei Klassen anführen und zwar die Teplice und die Trautenauer Bezirkskrankenkasse. Die erstere hatte am 31. Mai 26.914 Mitglieder, am 1. Oktober zählte sie jedoch nur 23.274 Mitglieder. Innerhalb fünf Monaten hat also die Klasse nicht weniger als 13,5 Prozent des Mitgliederstandes verloren. Die Bezirkskrankenkasse in Trautenau hat innerhalb 14 Tagen, nämlich vom 15. September bis 1. Oktober 2068 Mitglieder oder 22,8 Prozent ihres Mitgliederstandes verloren. Bekanntlich bemühen sich die sozialdemokratische Partei sowie die Gewerkschaften die Regierung zur Herausgabe einer Verordnung zu bewegen, nach der die Arbeiter auch in der Zeit der Arbeitslosigkeit wenigstens insofern krankendversichert bleiben, als — wenn sie nicht schon Unterstützung bekommen — sie doch wenigstens ärztliche Behandlung und Arzneien erhalten.

Die Forderungen der Handelskammern zur Wirtschaftskrise. Wie wir bereits berichtet haben, hat vorgestern eine Abordnung der Zentrale der Handelskammern dem Handelsminister eine Leitschrift über die Wirtschaftskrise und die Mittel zu ihrer Vinderung überreicht. Bemerkenswert ist, daß die Handelskammern an die Spitze der Forderungen die „Ermäßigung des sehr bedeutenden Steueranwandes“ stellen. Was die Steuergesetzgebung betrifft, verlangen sie insbesondere eine Neuregelung der Umsatz- und Luxussteuer, eine Novellierung der Vermögens- und Zuwachsteuer und eine Herabsetzung des Höchstfußes der besonderen Erwerbsteuer. Ebenso treten sie

für eine gänzliche Aufhebung der Kohlenabgabe ein und verlangen eine Herabsetzung der Kohlentarife, sowie eine Revision der Güterklassifikation in den Tarifen überhaupt. Im Gebiet der Zoll- und Handelspolitik verlangen die Handelskammern die Aufhebung des Bewilligungs- und Anmeldeverfahrens, also Herstellung der Handelsfreiheit, sowie Abschluß von Rechtshilfeverträgen mit dem Ausland. Was die Finanzpolitik anbelangt, so verlangen sie eine Revision der bisherigen Kreditpolitik des Bankamtes in der Art, daß sie eine Herabsetzung des Zinsfußes bei den Banken zur Folge hätte.

Die deutsche Sozialisierungskommission über den Wertverfall der Mark. Die Sozialisierungskommission hat ein Gutachten über den Wertverfall der Mark abgegeben, in dem unter anderem gesagt wird: Die Mark hört nach und nach auf, Rechnungsmittel zu sein. Sie verliert den Charakter als Wertaufbewahrungsmittel und dient infolgedessen in immer geringerem Maße dem Großverkehr als Zirkulationsmittel. An ihre Stelle tritt die Devise. Zur Stabilisierung der Mark sei notwendig: zum ersten der Wirtschaft die Devisenbeträge zur Verfügung zu stellen, die sie für den unmittelbaren realen Bedarf nötig hat. Zum zweiten der vermeidbaren Nachfrage nach Devisen entgegenzutreten, die sich heute aus dem Versicherungsbedarf ergibt. Das Mittel polizeilicher Verbotes, das die soeben erwähnte Novellierung des Reichspräsidenten gegen volkswirtschaftlich nicht unbedingt notwendige Devisenkäufe anwendet, kann einen Erfolg nur dann versprechen, wenn ihm ein ökonomisches Mittel zur Seite tritt, nämlich die Schaffung einer wertbeständigen Anlagemöglichkeit. Das Mittel hierzu ist die Ruhbarmachung des Goldbestandes der Reichsbank, auf Grund dessen ein solches wertbeständiges Papier herausgegeben werden müßte.

Die Not der Berliner Krankenkassen. Nach einer Mitteilung der „Vossischen Zeitung“ sind die Berliner Krankenkassen nicht in der Lage, das

am 15. Oktober fällig gewordene Honorar für die Ärzte anzuzahlen. Es handelt sich um das Einigkeit für die vom Juli bis Oktober geleistete Behandlung, das über 100 Millionen Mark beträgt. Durch die Zahlungsunfähigkeit der Krankenkassen wird die Notlage der Ärzte noch weiter gesteigert.

Internationale Eisenbahnkonferenz. Gemäß dem Beschlusse der Genießer Konferenz ist in Paris die internationale Eisenbahnkonferenz zusammengetreten. Zu der Vertreter fast aller europäischen Eisenbahnverwaltungen sowie auch Vertreter von chinesischen und japanischen Eisenbahnverwaltungen erschienen sind. Ueber die Aufgaben der Konferenz verläutet von informierter Seite, daß schon auf der Konferenz der Nachfolgestaaten in Portorose, die auf dem Gebiete des Verkehrs wesens den Abschluß einer Vereinbarung bezüglich der Regelung des internationalen Eisenbahnverkehrs unter den Nachfolgestaaten brachte, von rumänischer Seite die Anregung gegeben worden war, eine gesamteuropäische Organisation der Eisenbahn- und Schiffsahrtsunternehmungen zu schaffen. Diese Anregung wurde damals dem weiteren Studium der Regierungen empfohlen. Die internationale Wirtschaftskonferenz in Genoa hat sich sodann mit dieser Anregung befaßt und auf Grund des Berichtes ihrer Verkehrskommission eine Entscheidung gefaßt, derzufolge ohne Verzögerung alle möglichen Maßnahmen getroffen werden sollten, um den internationalen Verkehr wieder in einen mindest so befriedigenden Zustand zu bringen wie vor dem Kriege. Die Fachvertreter der verschiedenen Staaten sollten namentlich die Errichtung einer ständigen Konferenz der Eisenbahnverwaltungen für die Vereinheitlichung und Verbesserung des Baubetriebszustandes der Eisenbahnen hinsichtlich des internationalen Verkehrs studieren.

Bergarbeiterstreik im Fünfkirchner Revier. Aus Budapest wird gemeldet: Am Mittwoch sind 4000 Arbeiter der Meesbachböhöser Kohlengruben, im Fünfkirchner Revier in Streik getreten. Die Ursache des Streiks ist die, daß die Bergarbeiter bei der ungeheuren Teuerung von ihren bisherigen Löhnen nicht leben können.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Berlin	1190,50	Schw. Frank	018,00
Wien	085,75	Mark	105,27
	556,00		
	127,50		
	224,75		
	135,87		
	3025,00		
	208,00		
	53,75		
	073,85		
	022,50		
	122,00		

Prager Kurse.

	Geld	Ware
100 böhm. Gulden	1190,50	1194,50
100 Mark	085,75	105,75
100 schweis. Frank	556,00	559,00
100 Lire	127,50	129,00
100 franz. Frank	224,75	226,25
1 Pfund Sterling	135,87	137,37
1 Dollar	3025,00	3025,00
100 belg. Frank	208,00	210,00
100 Dinar	53,75	54,25
100 österr. Kronen	073,85	074,85
100 poln. Mark	022,50	022,50
100 ungar. Kronen	122,00	132,00

Züricher Schlusskurse.

Berlin	017,00	Paris	4035,00
Wien	000,74	Mailand	2240,00
Prag	18,00	Budapest	022,50
Holland	214,50	Agram	235,00
Amst. Borst	546,00	Warschau	075,50
London	24,46	Wien geit.	070,79

Meer. Dort war alles still. Mitunter entstand ein kurzer, unbestimmter, täuschender Laut, und erstarrt sofort wieder.

„Sie lieben mich. Sie lieben es, mir zuzuhören, und ich habe ihnen ja so viel zu erzählen! Die können es alle brauchen — sind alle noch so jung. Auch mir ist wohl bei ihnen. Ich seh sie an und denke mir: einstmals war auch ich wie sie. Nur war damals in den Menschen viel mehr Kraft und Feuer, und deshalb lebte es sich auch viel heiterer und besser. Ja, ja.“

Und sie schwiege. Lange und unverwandt blickte ich sie an. Und traurig wurde mir neben ihr zu Mut. Sie aber war in Schlummer gesunken, wiegte den Kopf langsam hin und her und flüsterte ganz leise etwas vor sich hin. Sie weiete vielleicht.

Aus dem Meere erhob sich eine Wolke, schwarz, schwer, von düsteren Umrissen, wie eine Bergkette am Horizont. Sie schwebte langsam zur Steppe hin. Von ihren Spitzen lösten sich Wolkenseiten ab, eilten ihr voraus, und löschten im Vorüberfliegen eine Sterngruppe nach der anderen aus. Bestiger rauschte das Meer. Unweit von uns, in den Nebelstößen hörte man flüstern, küssen, seufzen. Und weit drüben in der Steppe heulte ein Hund. Die Luft war erstickend schwer und reizte die Nerven durch einen eigentümlichen Duft, der in der Nase tickte. Von den Wolken fielen dicke Schichten auf die Erde und krochen darauf weiter; trocken, verschwunden, erschienen aufs neue. Der Mond war verschwunden. An seiner Stelle war nur ein unbestimmter spaltender Lichtfleck zu sehen, und größere, bläuliche Wolken verdeckten mitunter auch diesen. Und in der Steppenferne, jetzt schwarz und grau-erregend, flammten kleine Feuer auf: bald hier, bald dort erschienen sie auf einem Augenblick als irren Menschen, weit zerstreut, in der Steppe umher und suchten etwas. Streichhölzer entzündend, die der Wind alsobald verlöschte. Es waren dies ganz sonderbare blaue Flammengungen, wie

lustige, angenehme Reugierde erregende Andeutungen auf etwas wunderhaftes, Märchenhaftes. „Siehst du die Funken dort,“ fragte mich Iergil.

„Jene blauen?“ fragte ich und deutete in die Steppe hinaus.

„Ja, die blauen. Sie sind. Sie fliegen also noch! Na ja! Vielleicht konnte ich sie nicht mehr sehen die letzte Zeit. Ich kann manchmal vieles nicht mehr sehen.“

„Woher kommen diese Funken?“

„Diese Funken kommen von Dankos brennendem Herzen. Es hat nämlich ein Herz auf Erden gegeben, das in Feuer aufgelodert ist . . . aus Liebe. Und von ihm sind diese Funken. Ich werde dir das erzählen. Es ist ein altes, altes Märchen. Alles wird alt. Alles ist alt! Werft das, wieviel von allem in vergangener Zeit gewesen ist? Jetzt aber ist nichts dergleichen mehr da . . . keine Menschen, keine Taten, keine Märchen, wie sie früher waren. Deshalb das wohl? Nun, sag es doch! Du kannst es nicht sagen. Was kannst du auch wissen? Was wißt ihr Jungen alle? Ehe—be—be. Später ihr aufmerksamer und mit einiger Liebe in die Vergangenheit, alle Rätsel fändet ihr darin gelöst! Ihr aber versucht wieder zu spähen, noch zu lieben, und deshalb versteht ihr nicht mehr zu leben. Glaubst du, ich seh das Leben nicht? Ach, ich sehe alles, obwohl meine Augen so schlecht geworden sind. Und ich sehe, daß die Menschen nicht mehr leben, sondern sich immer nur dem Leben anzupassen versuchen; immer suchen sie und suchen und darauf geht ihre ganze Lebenskraft verloren. Und nachdem sie sich selbst um ihre Zeit bestohlen, klagen sie das Schicksal an. Was hat denn das Schicksal damit zu tun? Ein jeder ist sein eigenes Schicksal! Allerlei Menschen sehe ich heutzutage, aber starke Menschen seh ich nicht! Wo sind sie denn? Auch schöne Menschen seh ich nicht.“

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Abtuz eines Riesenschiffes. Aus Paris wird gemeldet: Ein neuer Versuch mit einem von drei Maschinen zu je tausend Pferdestärken getriebenen Riesenschiff hat bei Toulouse mit einer Katastrophe geendet. Die Maschine erreichte mit acht Tonnen Gewicht eine Höhe von 120 Fuß und stürzte bei dem Gleitflug zur Erde aus beträchtlicher Höhe ab. Der Mechaniker war tot, der Pilot brach beide Schenkel und den Unterleib.

„Columbus“, der größte deutsche Handelsdampfer. Der Personen- und Frachtdampfer „Columbus“, der von der Danziger Schichau-Werft für den Norddeutschen Lloyd gebaut wurde, ist der erste Riesenschiff seit dem Kriege, der wieder unter deutscher Flagge den Ozean besahren wird. Interessante Einzelheiten über diese neue Großtat der deutschen Schiffbaukunst werden in der „Umschau“ mitgeteilt. Das Schiff ist mit seinen 22.000 Brutto-Registertonnen und über 40.000 Tonnen Wasserdrängung das größte Schiff der deutschen Handelsflotte. Es hat in der ersten Klasse Zimmer für 42 Personen in der Mittelklasse, darunter für „Palaststärke“ Passagiere Staatszimmer und Luxuskabinen von erstklassiger Pracht. Die Gesellschaftsräume enthalten noch ein besonderes Kinderzimmer mit Speisesaal, einem mit allen modernen Geräten versehenen Turfesaal und einen großen Palmengarten. In der zweiten Klasse, die 204 Zimmer besitzt und 356 Reisenden Unterkunft gewährt, ist ebenfalls auf schöne und behagliche Ausstattung der größte Wert gelegt. Die technischen Einrichtungen, wie elektrische Fahrstühle zwischen den einzelnen Stockwerken, die Barbierräume mit ihren hygienischen Vorrichtungen usw., befriedigen alle nur erdenklichen Ansprüche. Einmal ganz Neues bietet das sogenannte Zwischendeck, das auch den weniger bemittelten Reisenden die Freuden der Seefahrt voll genießen läßt. Die dritte Klasse, die 1132 Reisende im Vor- und Hinterdeck unterbringt, hat nichts mehr mit den trostlosen Einrichtungen des alten Zwischendecks zu tun, sondern bietet helle freundliche Kammern für zwei bis sechs Personen mit allem Komfort, beheizten Speisesaal in weißem Lacklack, Damen- und Rauchsalon und auch Gelegenheit für musikalische Veranstaltungen, Promenaden usw. Der Riesenschiff ist mit allen erdenklichen Sicherheitsvorrichtungen, mit Hospitalern, Apotheken usw. ausgestattet.

Tabak- und Alkoholvergiftungen des Auges. Bei der Untersuchung von Schstörungen durch Tabak- und Alkoholvergiftung hat es sich, wie die „Deutsche Ophthalmologische Wochenschrift“ einem auf der Leipziger Naturforscherversammlung von Dr. C. C. Sattler-Königsberg gehaltenen Vortrag entnehmen, gezeigt, daß die meisten Patienten nicht gewöhnlichen Tabak, sondern selbstgebaute, nur einfach getrockneten Tabak geraucht oder gekaut hatten, der etwa die doppelte Menge Nikotin enthält als der richtig zubereitete Handelsstabak. Eine weitere Ursache für Tabakvergiftungen des Auges liegt in der unhygienischen Art, das Rauchen, der Verwendung kurz, nicht gereinigter Pfeifen und dem Einatmen des Pfeifenrauchs in die Lunge. Bei den Schstörungen durch Alkohol ist, da die Mehrheit der Patienten Sonnenstrahlungsgenug zugeb, als wahrcheinlich anzunehmen, daß dessen Weichholalkoholgehalt schädigend auf die Augen wirkt. Die durch Unterernährung bedingte geringere Widerstandsfähigkeit gegen Gifte schafft hierfür günstige Vorbedingungen.

Der gefährliche Tintenfisch. Daß durch Tintenfisch und Kopierfische schwere Verletzungen hervorgerufen werden können, ist eine erst seit kurzem beobachtete Tatsache, über die Dr. C. W. in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ berichtet. Den Augenärzten ist es schon längere Zeit bekannt, daß Verletzungen des Auges durch ganz winzige Fischteilchen schwerste Schädigungen nach sich ziehen können. Dem Chirurgen sind die bedenklichsten Folgen einer Verletzung durch den Tintenfisch durch Erdbheim klargemacht worden, der 21 von ihm behandelte Fälle aufzählte. Waz hat ebenfalls in neuester Zeit zwei schwere Tintenfischverletzungen beobachtet. Ein Patient kam mit einer ziemlich großen Geschwulst zu ihm und gab an, sie durch einen Stoß mit der Türklinke erhalten zu haben. Eine Untersuchung der Geschwulst entnommenen hellobioten Flüssigkeit ergab Melanin und als der Patient eine solche Verletzung leugnete, konnte aus der Geschwulst das abgedrohte Stück eines Tintenfisches entfernt werden. Besonders auffällig sind bei diesen Tintenfischverletzungen die schweren Schädigungen des Allgemeinbefindens, Mattigkeit und Schwäche, die auf eine Allgemeinvergiftung hindeuten. Der Heilungsprozess scheint sehr langsam zu sein. Inmerhin dürften solche schwere chirurgische Tintenfischverletzungen seltener auftreten, als es nach den ziemlich zahlreichen Fällen Erdbheims den Anschein hat.

Das Mikrophon als Schaffner. Ein neuerlicher Versuch wird gegenwärtig, wie die „Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverbände“ mittels in Hamburg unternommen; die Eisenbahn hat häufig unter starkem Nebel zu leiden, so daß es den Fahrgästen der örtlichen Verkehrsmittel zuweilen schwer ist, die Stationsnamen zu erkennen; das Anrufen der Poststellen würde eine Vermehrung des Personals bedingen, und deshalb will man jetzt versuchen, den Fernsprecher in den Dienst des Verkehrs zu stellen. Die Hamburger Hochbahngesellschaft hat in einem Probezug am Führerstand ein Mikrophon anbringen lassen, und in jedem Wagen zwei laut sprechende Fernsprecher, die durch das Mikrophon betätigt werden; der Führer spricht rechtzeitig vor der Einfahrt in einen Bahnhof den Namen der Station in das Mikrophon, und in jedem Wagen ist seine Stimme, bedeutend verstärkt, zu hören; der Führer weist auch auf das Umsteigen hin und kann bei Verkehrsstörungen und Unfällen besondere Maßnahmen oder Warnungen dem ganzen Zug bekanntgeben. Von dem Ergebnis der Versuche, die dieser Tage begonnen haben, wird es abhängen, ob die Neuerung allgemein durchgeführt werden wird.

Aus der Arbeiterbewegung.

Der Achtstundentag.

Die Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes, deren Tagung am 18. Oktober beginnt, wird sich mit einer Reihe wichtiger Fragen zu befassen haben. Das wichtigste unter diesen Problemen ist wohl die Frage des Achtstundentages. Besondere Aktualität verleiht dieser Frage der jüngste schwere Arbeiterkonflikt um den Achtstundentag in Frankreich, der die französische Öffentlichkeit dauernd in Aufregung hält. Die französische Kammermehrheit, der Nationale Block, hatte die Regierung schon seit geraumer Zeit zu Vorstößen gegen den Achtstundentag gedrängt. Unter diesen Impulsen kam es zur Beseitigung des Achtstundentages in den staatlichen Betrieben und zur Unterstützung des Bestrebens der Privatindustrien, die Arbeitszeit zu verlängern. Darüber entstanden Streiks. In Havre traten die Metallarbeiter und die Seeleute der Handelsmarine in den Streik, es kam zu politischen Kundgebungen, die sich auf weitere Kreise ausbreiteten, bis endlich die autonomen Arbeiterorganisationen niederknuppelten wurden. Die Regierung konnte zwei Dekrete erlassen, die für den Eisenbahnbetrieb und die Handelschiffe den gesetzlichen Achtstundentag beseitigten, indem sie die Unternehmungen ermächtigte, Überstunden anzuordnen. Die Weiterung dieser Verfügungen waren neuere Demonstrationstreiks, seinen rechten Erfolg hatten, weil die Spaltung des französischen Proletariates dieses lähmte. Frankreich, das den Achtstundentag selbständig eingeführt hat, will das Problem auch weiter selbstständig behandeln. Es hat das internationale Achtstundentagereinkommen nicht ratifiziert, obwohl seine Delegierten in der Internationalen Arbeitsorganisation zu den Anregern des Übereinkommens gehörten. Die Mitgliedsstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation haben nämlich die verschiedenen Übereinkommen, so auch das über den Achtstundentag, ihren Parlamenten nur vorzulegen, sie sind aber nicht verpflichtet, die Annahme der Vorlagen durch die Gesetzgebungen zu betreiben. Die Gesamtzahl der Übereinkommen, die von den verschiedenen gesetzgebenden Körperschaften ratifiziert worden sind, beträgt nur 46, 85 Übereinkommen wurden den Volkserretungen nur empfohlen, sind jedoch durch diese nicht ratifiziert worden. Auch das Übereinkommen über den Achtstundentag gehört zu diesen, in der Luft schwebenden Abkommen. Nicht bloß Frankreich, auch andere große Industriestaaten sind mit der Befestigung des Übereinkommens im Rückstand. Der am 18. Oktober zusammengetretene Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes liegt es nun ob, die Ratifizierung des Übereinkommens bei den Regierungen womöglich zu betreiben. Fast ungläublich klingt es und für die geminderte Schlagkraft des internationalen Proletariates ist es begreifend, daß das internationale Achtstundentagereinkommen bisher nur von wenigen kleineren Ländern ratifiziert ist. Auch unter diesen begegnen wir nur einem einzigen wirklichen Industrieland, der Tschechoslowakei; Griechenland und Rumänien, die das Übereinkommen ebenfalls ratifizierten, sind gewiß nicht als industriereiche Länder in Rechnung zu ziehen. Die großen Industriestaaten nehmen dem Übereinkommen gegenüber eine zurückhaltende Stellung ein, allen voran England, das sich nicht gern bindet, wo es sich um ein wirtschaftlich freies Verfügungsrecht handelt. Deutschland will sich der Ratifizierung zwar nicht verschließen, verlangt aber, daß diese in Gemeinschaft mit den übrigen großen Industrielandern erfolgen soll. Die Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation will nun die Bedenken der Hauptindustrielländer gegen das von ihren Vertretern initiierte Übereinkommen gestreuen. Die Erfolge der wirtschaftlichen Reaktionen lassen befürchten, daß es bei der schönen Geste ein Verwenden haben wird.

Literatur.

Eltern als Filmgenossen. Maßnahmen, die verhüten sollen, daß Kinder für sie unpassend erscheinende Filmstücke zu sehen bekommen, will man in der englischen Stadt Dorking in Surrey ergreifen. In einer Versammlung, die sich mit dem Gegenstand beschäftigte, hat die Inhaberin eines Kinematographentheaters des Ortes vorgeschlagen, man solle zwei Vertreter der Elternschaft wählen, die alle zur Aufführung in Dorking vorgesehenen Filmstücke auf ihre Eignung für ein kindliches Publikum begutachten sollten. Bei der Aufführung von Stücken, die von diesen Juroren abgelehnt worden seien, sollten Kinder von den Theaterdirektionen nicht zugelassen werden, es sei denn, daß sie sich in Begleitung ihrer Eltern befänden. Es wurde denn auch ein Ausschuss eingesetzt, um die Angelegenheit mit den Inhabern der örtlichen Kinos durchzuberaten.

Die „Kommunale Praxis“ als Monatschrift. Mit der soeben erschienenen Oktobernummer hat die „Kommunale Praxis“ ihre Erscheinungsweise geändert. Die bisherige Wochenschrift wird nunmehr erweitert als Monatschrift herausgegeben. Die vorliegende Nummer beschäftigt sich mit der Revision unseres Kommunalprogrammes und der organisatorischen Zusammenfassung aller kommunalpolitisch praktisch tätigen Sozialdemokraten in der „Reichsgemeindevertreterkonferenz“, für deren Bildung Vorschläge gemacht werden. Albert Hornauer-Leipzig äußert sich als Fachmann Steuerinspektor in der Reichsfinanzverwaltung zur Steuerreform, Karl Hornauer-Wien (Sekretär des Deutsch-österreichischen Städtebundes) schreibt über die Altersversorgung der Wiener Gemeindearbeiter. Die „Mitteilungen“ bieten wie immer reichhaltiges Material für Kommunalpraktiker wie für wissenschaftlich arbeitende Kommunalpolitiker.

Die Statistik im Dienste der Arbeiterbewegung von Dr. Edmund Palla. Wien 1922, Wiener Volksbuchhandlung. Die angeführte Broschüre ist nach Vorträgen in der Betriebsräte-Instruktorenschule der Wiener Arbeiterkammer ausgearbeitet. Zunächst wird ganz allgemein die Bedeutung der Statistik für alle Sozialpolitik, insbesondere für die Arbeiterschaft dargestellt, und zwar geschieht dies in durchaus populärer, klarer, verständlicher und überzeugender Weise. Hierauf wird die Bewertung und Durchführung statistischer Erhebungen aufgezeigt und an einer Reihe von praktischen Beispielen erläutert, wie denn überhaupt die praktische Brauchbarkeit der Ausführungen des Verfassers rückhaltlos anerkannt werden soll. Sehr klar und verständlich ist auch die Darstellung der verschiedenen schwierigen Begriffe der wissenschaftlichen Statistik erklärt. Den Schluß bildet eine Aufzählung der verschiedenen Arbeitsgebiete der Statistik. Das kleine, 40 Seiten starke Büchlein, kann als durchaus gelungen bezeichnet werden und kann auch den Lehrern in den Betriebsräteschulen der Tschechoslowakei als Hilfsmittel wärmstens empfohlen werden. Bei dem Unterricht freilich müßten die österreichischen Beispiele durch Beispiele aus der Tschechoslowakei ersetzt werden, was mit Hilfe der vom statistischen Staatsamt bereits zum Teil verarbeiteten Volkserhebungsergebnisse nicht schwer zu bewerkstelligen ist. E. Str.

Kunst und Wissen.

Erfolgsführung der Operette „Offenbach“ (Neues Deutsches Theater). Die Direktion hat mit der Wahl dieses Werkes einen sehr glücklichen Griff getan. Dieses mit durchaus zulässiger dichterischer Freiheit von Eugen Harag zusammengestellte Lebensbild des großen Komponisten sowie die nach Offenbachschen Motiven sehr geschmackvoll geschriebene Musik von Michael Rado beschwichtigen schon im Vorspiel und ersten Akt alle Befürchtungen, die man gegen diese Art Sünde bezüglich Verzerrung des Charakters und allzu plumpen Heraushebens der gangbarsten Schlagzeile hegen pflegt. Es muß sogar zu Ehren der Autoren festgestellt werden, daß sowohl die Gestalt Offenbachs wie der Schab seiner Werke mit einer gewissen Ehrfurcht behandelt, das heißt der Charakter des Helden idealisiert und die Motive des Meisters mit Vorliebe verarbeitet erscheinen. Die Wahl dieses Stoffes, der zur Zeit Napoleon des Dritten spielt und Gelegenheit zu stimmungsvollen Bildern, entzückende Kostümen und Cancantänen bietet, bewirkt ein gutes Verständnis für die Bühne unserer Zeit; daß sich die Verfasser aber trotzdem nicht verleiten ließen, in dem Bestreben, den historischen Stoff den Bedürfnissen des Publikums näherzurücken, an Sentimentalität oder Dorkheit zu viel zu tun, muß hoch angerechnet werden. Das war es vielleicht, was den Erfolg wertvoll machte. — Offenbach als Schüler des Pariser Konservatoriums, von Ehrgeiz und Ungeduld nach Erfolg erfüllt und alle Maßgebungen durch sein Spiel bewingend, Offenbach als gefeiertes Komponist, um dessen Helena sich die Sängerinnen die Augen gegenseitig ausfragen möchten, als Gast an Napoleons Dasein und hoffnungsloser Verehrer der Kaiserin, Offenbach auf dem Sterbebett, seine Gefandung von der bevorstehenden Aufführung seines Meisterwerkes (Hoffmanns Erzählungen) erwartend — das sind drei nicht nur dankbare, sondern trefflich gewählte Abschnitte aus seinem Leben, die für Publikum und Darsteller schon dadurch, daß sie zeitlich weit auseinanderliegen, großen und ungewohnten Reiz befragen. Herr Rado als Offenbach hat durch seine natürliche, jede Übertreibung vermeidende Darstellung sehr angenehm überrascht, umso mehr, als er in den — man muß schon sagen — drei Rollen nicht

durch gute Maske allein, sondern durch glaubwürdigen Charakteristk zu wirken vermochte. Seine Partnerinnen, die Damen Sillosh, Ferry und Melk zeigten die Figuren der Kaiserin, des im Wädel vom Land entdeckten Bühnenfisches und des jarten Dackfisches aus gutem Hause mit allen Mitteln ihrer Kunst. Die Herren Berger und Gabel sorgten für lauteste Heiterkeit, Herr Bruch als Napoleon — kurz, man müßte alle Mitwirkenden aufzählen, denn sogar der Damendior holte sich einen da capo-Applaus. Es lohnt sich also, die Operette zu sehen und zu hören. Dr. F. R.

Neues Theater. Heute, den 20.: „Bauwan“; Samstag, den 21.: nachmittag „Rabale und Liebe“, abend „Fledermaus“; Sonntag, den 22.: nachm. „Der lebende Leichnam“, abend „Offenbach“.

Kleine Bühne. Samstag, den 21.: „Bauwan“; Sonntag, den 22.: nachmittag „Watermord“, abend „Bauwan“.

Turnen und Sport.

Reichtathleil. Neuer 30 Meilen-Weitrekord im Gehen. Die Meisterschaft über 30 Meilen (32.180 Kilometer) absolvierte der Italiener Pavesi in der neuen Weltrekordzeit von 2:48:58. Der bisherige Rekord war im Besitze des Engländer's Hof, der 1913 die Strecke in 2:49:20 ging. — Die Weltrekords Kurmi: 3000 Meter: 5:26.8 (alter Rekord Kurmi 5:28.8, vorher Jander 5:30.4); 3000 Meter: 8:28 (alter Rekord Jander 8:33.1); drei englische Meilen: 14:08.1 (alter Rekord Schrubb 14:17.6); 5000 Meter: 14:35.5 (alter Rekord Koleschmainen 14:36.6); sechs englische Meilen: 29:41.2 (alter Rekord Schrubb 29:50.4); zehn Kilometer: 30:40.8 (alter Rekord Poun 30:58.8).

Eine Demonstration gegen ein Sportblatt. Wie die „Wiener Morgenzeitung“ meldet, wurden während des Wettspiels Wader-Gertha auf dem Meidlinger Sportplatz Flugblätter verteilt, die zum Befug einer Demonstrationssammlung gegen das „Sport-Tagblatt“ einluden. Diese Versammlung fand dann nach dem Treffen in der Ratharinenhalle statt. Die Redner geytelten in scharfen Worten die partielle Berichterstattung des „Sport-Tagblattes“. Sie bemerkten, daß Sportklub, Amateure und Rapid ganz anders behandelt werden, wie die übrigen Vereine. Schließlich nahmen die Mitglieder und Anhänger von Wader die Resolution an, das „Sport-Tagblatt“ wegen seiner Parteilichkeit zu boykottieren. — Jedemfalls werden die Berichterstatter der „großen“ Vereine auch ganz anders honoriert werden, als die derjenigen, die nicht Tabellenerste sind. Wenn der bürgerliche Sport ein Geschäft ist, warum sollte es kein Berichterstattung nicht auch! Geschäft bleibt doch Geschäft.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: O. Polih.

Wo verkehren wir?

Café Continental, in Prag-Graben

Goldenes Kreuzel, in Prag-Neuzanta.

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus Prag, Smeckh 22 (Urania). 1060

Café „Nizza“
Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27.
Unser Stammlokal.

Gastwirtschaft „Lidový dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Täglich in PRAG II., Hybernská
Konzert. Nr. 7.

Restaurant ŠKVR. Weinberge.
Rubeřgasse 7. 1063
Zusammenkunft jeden Donnerstag.

Teplitz-Schönau.

CAFÉ EUROPE Bahnhofstraße.

Arbeiter-Jahrbuch 1923

erscheinen Mitte Oktober 1923 im Verlage des Parteivorstandes der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
Taschentalender . . . 6 Kronen
Jahrbuch 1923 . . . 7 Kronen
Bestellungen sind zu richten an das Sekretariat der Deutschen Sozialdem. Arbeiterpartei in Teplitz, Seilerstr. 1.

Arbeiter-Taschentalender

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Bio-Programm

Vom 20. Oktober bis 26. Oktober.

LIDO-BIO 1146
Die 50jähr. Jubiläumfeier der tschechischen sozialdem. Arbeiterpartei.
Die Frau des Pharaos.
LUCERNA 1071
Der Kaiser der Armen.
Französischer Abenteuerroman. In der Hauptrolle L. Mathof.
III. Fortsetzung.
Naturaufnahme Südböhmen. Premiere! Premiere! Fairbanks ist verrückt.
SANSSOUCI 1077
Allerneuester Film mit dem „Großen Douglas“.
Fatty als Briefträger. Amor. Lustspiel in 2 Tellen. Dieses Programm ist der Jugend zugänglich!!!

WARENHAUS PRAG II., HYBERNSKÁ UL. 7.
hat Stoffe, Manufakturwaren, Wäsche, Gemischtwaren, Kravatten, Schuhe und alle sonstigen einschlägigen Artikel
12 unerreicht billigen Preisen!